

kontraste

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik



WEGE IN BESCHÄFTIGUNG

SPEKTRUM

BUCHTIPPS

VERANSTALTUNGEN

7 | August 2007

Wege in Beschäftigung

ESF 2007-2013: Europäische Perspektiven für den Arbeitsmarkt	4
Gering Qualifizierte am österreichischen Arbeitsmarkt	5
Wie wirkt die Arbeitsmarktförderung in Österreich?	8
Sozialstiftung - Neue Wege in der Arbeitsmarktintegration	10
Wie offene Stellen besetzt werden	12
Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit	14
Mehr Beschäftigung für Benachteiligte schaffen	17

Spektrum

Vernetzt gespalten - Digitale Ungleichheit in Österreich	18
Kampagne gegen Alkoholmissbrauch bei Jugendlichen	21
Modell für bedarfsorientierte Mindestsicherung präsentiert	23
Bildung fördert friedliches Zusammenleben	25
Gegen eine Pädagogik, die kein Widersprechen lehrt	26

Buchtipps	29
------------------	----

Veranstaltungen	30
------------------------	----

Liebe Leserin, lieber Leser!

Vom Arbeitsmarkt sind in letzter Zeit wieder etwas erfreulichere Meldungen als in den Jahren zuvor zu vernehmen. Dennoch: Von der leichten Aufwärtswicklung profitieren nicht alle in gleichem Maße. Insbesondere Personen, die so genannte Vermittlungshemmnisse aufweisen, beispielsweise fortgeschrittenes Alter, bereits länger andauernde Arbeitslosigkeit oder gesundheitliche Einschränkungen, bleiben immer noch außen vor. Um diesen Gruppen Wege in die Beschäftigung zu ebneten, wurde ein breites Spektrum an Maßnahmen der Arbeitsmarktförderung entwickelt, das von Bewerbungstrainings über Qualifizierungsmaßnahmen bis hin zu geförderten Beschäftigungsverhältnissen reicht.

Die Wirksamkeit dieser Interventionen hinsichtlich der nachfolgenden Beschäftigungszeiten wurde nunmehr vom WIFO evaluiert. Dabei trat unter anderem zutage, dass ein zielgruppenspezifisch jeweils unterschiedlicher Maßnahmeneinsatz sinnvoll ist. An sich eine wenig überraschende Erkenntnis, die dennoch

Beachtung finden sollte, zumal es immer wieder Tendenzen gibt, alle Erwerbslose über einen Kamm zu scheren und ihnen die gleichen Unterstützungsformen angedeihen zu lassen.

Von Maßnahmen zur Vermittlungsunterstützung wie „aktive Arbeitsuche“ und „Berufsorientierung“ sowie von Qualifizierungsmaßnahmen profitierten in erster Linie jüngere Arbeitssuchende, und hier vor allem Frauen. Hingegen konzentrierte sich der positive Effekt der Förderung von Transitarbeitsplätzen in sozialökonomischen Betrieben und gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten auf ältere Arbeitslose (über 45). Auch für arbeitsmarktferne Personengruppen erwies sich dieser Maßnahmentyp als effektiv. Und was die Kosten angeht, so sind diese im Nettoeffekt niedriger als vielfach angenommen, da den Ausgaben der öffentlichen Hand auf der anderen Seite Steuer- und Beitragseinnahmen gegenüberstehen, die durch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung entstehen. Das WIFO empfiehlt daher einen vermehrten Einsatz von Transitarbeitsplätzen unter Beibehaltung der Zielgruppenorientierung. Letzteres wird auch für die Eingliederungsbeihilfe – einer befristeten Lohnsubvention für ältere und Langzeitarbeitslose – angeraten, um hier Mitnahmeeffekte zu vermeiden.

Reduziert werden sollten nach WIFO-Meinung hingegen die das Fördergeschehen gegenwärtig dominierenden kurzen bzw. wenig intensiven Maßnahmen (z.B. Aktivierungstrainings). Begründet wird dies mit dem teilweise erheblichen Umorientierungs- und Qualifizierungsbedarf der erwerbslosen Personen. Um diesem gerecht zu werden, erscheint eine intensivere Betreuung notwendig, wie sie beispielsweise in der Sozialstiftung gegeben war, einem eben abgeschlossenen Equal II-Projekt, in dessen Rahmen sich AbgängerInnen von sozialökonomischen Betrieben und gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten weiter qualifizieren konnten (vgl. Beitrag Hillinger). Das Wecken der Bereitschaft, sich weiterzubilden, das hier beim Gros der TeilnehmerInnen erreicht werden konnte, erscheint richtungsweisend für die künftige Arbeitsmarktpolitik, will man einer weiteren Segmentierung des Arbeitsmarktes in qualifizierte Kernschichten und schlecht verdienende Unqualifizierte an der Peripherie entgegenwirken, meint

Ihre
Kontraste-Redaktion

→ → ZUKUNFTS-
PERSPEKTIVEN
ARBEITSMARKT

EIN SYMPOSIUM ANLÄSSLICH
10 JAHRE VSG IN ZUSAMMENARBEIT
MIT DER VHS LINZ

REFERATE & DISKUSSIONEN MIT
GUDRUN BIFFL (WIFO);
CHRISTOPH REINPRECHT
(UNI WIEN, INSTITUT
FÜR SOZIOLOGIE);
MARTIN KRONAUER
(BERLIN SCHOOL OF ECONOMICS)

MO, 1. OKTOBER
WISSENSTURM,
VOLKSHOCHSCHULE LINZ

WWW.VSG.OR.AT

1/01A/HR/REV/VSG
INNOVATIVE SOZIALPROJEKTE LINZ

Volkshochschule Linz

ESF 2007–2013: Europäische Perspektiven für den Arbeitsmarkt

Im Rahmen der Europäischen Beschäftigungsstrategie – dem Instrument zur Koordinierung der beschäftigungspolitischen Prioritäten in der Europäischen Gemeinschaft – soll der Europäische Sozialfonds (ESF) auch in der Strukturfondsperiode 2007–2013 zur Erreichung der Zielsetzungen der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung beitragen.

Mit der Neulancierung der Lissabon-Strategie 2005 wurde ein Leitlinienbündel beschlossen, in dem die Grundzüge der Wirtschaftspolitik und für die europäische Beschäftigungsstrategie vereint sind. Die darin festgelegten integrierten „Beschäftigungspolitischen Leitlinien“ heben drei Aktionsschwerpunkte hervor:

- 1) mehr Menschen an das Erwerbsleben heranzuführen und Sozialschutzsysteme modernisieren,
- 2) Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte und der Unternehmen verbessern und Flexibilität der Arbeitsmärkte steigern,
- 3) Investition in Humankapital durch Verbesserung von Bildung und Qualifizierung steigern.

Die Beschäftigungspolitischen Leitlinien werden in den einzelstaatlichen „Nationalen Reformprogrammen für Wachstum und Beschäftigung“ (NRP; ehemals NAP) national gestaltet und durchgeführt.

Für die Strukturfondsperiode 2007–2013 liegen seit Juli 2006 die Verordnungen des Rates der Europäischen Union zur Durchführung der Strukturfonds vor und brachten Veränderungen. Unterstützten in der Strukturfondsperiode 2000–2006 sechs unterschiedliche Strukturfonds und Finanzierungsinstrumente neun Ziele bzw. Gemeinschaftsinitiativen, beschränken sich 2007–2013 drei Fonds,

- der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE),
- der Europäische Sozialfonds (ESF) sowie
- der Kohäsionsfonds

auf drei Ziele. Die Ziele wurden zur Erhöhung des Nutzeffekts der gemeinschaftlichen Kohäsionspolitik konzentriert und neu definiert, und zwar als

- Konvergenz der Mitgliedstaaten und Regionen,

- Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung und

- Europäische territoriale Zusammenarbeit.

Abgeleitet aus den oben genannten Aktionsschwerpunkten und Zielen konzentrieren sich die ESF-Interventionen 2007–2013 auf vier Kerngebiete:

- Steigerung der Anpassungsfähigkeit von Arbeitskräften und Unternehmen,
- Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung und der Erwerbsbeteiligung,
- Verstärkung der sozialen Eingliederung durch Bekämpfung von Diskriminierung und Erleichterung des Zugangs zum Arbeitsmarkt für benachteiligte Menschen und
- Förderung von Partnerschaften zwecks Reformen in den Bereichen Beschäftigung und Integration.

Darüber hinaus unterstützt der ESF im Rahmen des Zieles „Konvergenz“ Bemühungen, Investitionen in Humankapital aufzustocken und zu verbessern – insbesondere durch die Anhebung der Qualität der allgemeinen und beruflichen Bildungssysteme – und Maßnahmen, die institutionelle Kapazitäten und die Effektivität öffentlicher Verwaltungen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene entwickeln.

Die strategischen Leitlinien der Gemeinschaft sowie das österreichische Reformprogramm für Wachstum und Beschäftigung bilden den Rahmen für die Aktivitäten des Europäischen Sozialfonds. Die österreichischen Schwerpunkte der ESF-Interventionen sind im „Ziel 2 Österreich 2007–2013 – Operationelles Programm Beschäftigung“ (Wien, Februar 2007) beschrieben. Neben den Grundsätzen der ESF-Strategie werden darin sechs Schwerpunkte für die ESF-Intervention (vorbehaltlich der Genehmigung des Programms durch die Europäische Kommission) festgelegt.

Grundsätzlich sollen Themenbereiche, die den ESF in einen größeren wirtschafts- und sozialpolitischen Gesamtkontext stellen, berücksichtigt werden. Zu diesen Themen gehören das „Active Aging“, die Integration gering qualifizierter Personen, von Menschen mit Behinderung sowie von arbeitsmarktfernen Personen in den Arbeitsmarkt, das lebensbegleitende Lernen, die Territorialen Beschäftigungspakte und lokale Governance-Ansätze, die Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt, Innovation und transnationale wie auch interregionale Zusammenarbeit.

Für Österreich kommen folgende *Schwerpunkte (SP) im ESF* zum Tragen, die für bestimmte Zielgruppen und mit unterschiedlichen Maßnahmen von verschiedenen Förderstellen, unter Berücksichtigung von Gleichstellungszielen, umgesetzt werden:

SP 1_Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer/innen und Unternehmen mit dem Ziel der Steigerung der Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer/innen und Unternehmen zur besseren Vorwegnahme und Bewältigung des wirtschaftlichen Wandels und der Bekämpfung der Arbeitsmarktsegmentation und Unterstützung des „active/productive aging“ durch Qualifikation und Beratung.

SP 2_Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit dem Ziel der dauerhaften Integration der unterschiedlichen Zielgruppen in den Regelarbeitsmarkt, der als ein nicht für bestimmte Personen(-gruppen) geschaffener Arbeitsmarkt zu verstehen ist und ein Einkommen in existenzsichernder Höhe ermöglicht.

SP 3a_Berufliche Integration von Menschen mit Behinderung mit dem Ziel der Erlangung und Sicherung von Arbeitsplätzen sowie der Schaffung von Chancengleichheit im weitesten Sinne.

SP 3b_Integration arbeitsmarktferner Personen mit dem Ziel der Verbesserung der Integration arbeitsmarktferner Personen in den Arbeitsmarkt durch die Entwicklung und Erprobung neuer Maßnahmen und durch die Verbesserung des Zusammenwirkens der beteiligten Institutionen

SP 4_Lebensbegeleitendes Lernen mit dem Ziel der Verbesserung der Zugänglichkeit und des Verbleibs im

postobligatorischen Erstausbildungssystem ab dem Pflichtschulabschluss, der Erhöhung der Durchlässigkeit und der Qualität im gesamten Bildungs- und Qualifizierungswesen, der nachhaltigen Integration benachteiligter Erwachsener in Gesellschaft, Bildung und Arbeitsmarkt, dem Abbau von Barrieren und der Schaffung von Chancengleichheit, der Professionalisierung und Qualitätsentwicklung in der Erwachsenenbildung sowie der Sicherung des Studienabschlusses.

SP 5_Territoriale Beschäftigungspakte mit dem Ziel der Unterstützung der Umsetzung der beschäftigungspolitischen Ziele durch die verbesserte Koordination der Akteur/innen auf regionaler und/oder lokaler Ebene im Rahmen der Territorialen Beschäftigungspakte und damit der Verbesserung der Betreuung und Integration arbeitsmarktpolitischer Zielgruppen.

SP 6_Technische Hilfe mit dem Ziel der Unterstützung der Programmumsetzung und Zielerreichung.

Im Rahmen des Europäischen Sozialfonds ist damit auch in der Strukturfondsperiode 2007-2013 die Umsetzung vielfältiger Maßnahmen möglich, wobei weiterhin viel Kreativität und Engagement aller Akteur/innen sowie der Wille zum partnerschaftlichen Vorgehen ein wesentliches Element des Erfolges sein wird.

*Regina Brandstetter
Zentrum für Soziale Innovation
Koordinationsstelle der Territorialen
Beschäftigungspakte in Österreich*

Gering Qualifizierte am österreichischen Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarktsituation von Personen mit geringer Qualifizierung und den Verbesserungsmöglichkeiten durch Qualifizierung widmete sich eine Mitte Mai im Leopold-Ungar-Haus der Caritas in Wien veranstaltete Fachtagung.

Ein Viertel aller Erwerbspersonen ist gering qualifiziert. Von den rund vier Millionen Erwerbspersonen, die aktiv am österreichischen Arbeitsmarkt ihre Arbeitskraft anbieten, hat rund ein Viertel das Bildungs-

system spätestens mit der Absolvierung des Pflichtschulabschlusses verlassen. *Roland Löffler* vom Forschungsinstitut Synthesis informierte zu Beginn der von *Karin Steiner* (abif) moderierten Tagung über die vielfachen Risiken, mit denen diese Personengruppe konfrontiert ist:

- Die Erwerbseinkommen liegen teilweise deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt und reichen (gemessen an den Richtsätzen zur Sozialhilfe) in vielen Fällen nicht aus, den unmittelbaren Lebensbedarf zu decken.
- Gering Qualifizierte sind einem höheren Arbeitsplatzverlustrisiko ausgesetzt; mehr als 45 Prozent der als arbeitslos vorgemerkten Personen verfügen lediglich über einen Pflichtschulabschluss.

- Sie stehen bei der Suche nach neuen Beschäftigungschancen im Wettbewerb mit einem breiten, teilweise auch aus dem benachbarten Ausland kommenden Personenkreis.
- Die hohe Fluktuation auf Arbeitsplätzen mit geringen Qualifikationsanforderungen und die mehrheitlich kurze Beschäftigungsdauer führen zu stark fragmentierten Erwerbskarrieren und zu einer unzureichenden Arbeitsmarktintegration.
- Dies wirkt sich über den gesamten Erwerbsverlauf betrachtet negativ auf die Alterssicherung gering Qualifizierter aus.

Ersteinstieg entscheidend

Der Ersteinstieg in den Arbeitsmarkt ist in vielen Fällen entscheidend für das Ausmaß der mittelfristigen Arbeitsmarktintegration auch von gering qualifizierten Personen. Oft gelingt schon der erste Übergang aus dem Ausbildungs- in das Erwerbssystem nicht. Drei Viertel aller Pflichtschulabgänger/innen, die keine weitere Ausbildung anstreben, finden vorerst im Beschäftigungssystem keinen Platz.

Gelingt es gering qualifizierten Personen in einem überschaubaren Zeitraum nach dem Verlust einer Beschäftigung nicht, wieder ein Beschäftigungsverhältnis aufzunehmen, wird die finanzielle Basis für die Existenzsicherung in vielen Fällen zu schmal. Ein Teil dieser Personen sieht sich gezwungen, Sozialhilfeleistungen in Anspruch zu nehmen. Rund drei Viertel aller Personen, die in den Jahre 2004 und 2005 in Wien vorübergehend Sozialhilfe bezogen haben, hatten lediglich einen Pflichtschulabschluss vorzuweisen.

Eine nachhaltige Verbesserung der Arbeitsmarktchancen und der Erwerbssituation gering Qualifizierter kann Löffler zufolge vor allem durch Erst- oder Weiterqualifizierungsmaßnahmen erreicht werden. Die Fähigkeit und die Bereitschaft zur Aus- und Weiterbildung vorausgesetzt, haben Qualifizierungsmaßnahmen in fast allen Fällen einen unmittelbar positiven Effekt auf die Erwerbsverläufe.

Kontrollgruppenbasierte Wirkungsanalysen von Maßnahmen des Arbeitsmarktservice (AMS) und des Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds (waff) bestätigen, dass Maßnahmenteilnehmer/innen nach Beendigung der Maßnahmen sowohl gesteigerte Erfolgchancen auf Arbeitsmarktbeteiligung haben, als auch eine Steigerung der Jahresbeschäftigungseinkommen erzielen können.

Struktureller Wandel

Für vermehrte Qualifizierung sprach sich aus die zweite Referentin, *Julia Bock-Schappelwein* vom WIFO, aus, die eingangs den strukturellen Wandel in den neunziger Jahren ansprach, der durch anhaltende Globalisierung und technologischen Wandel getrieben wurde und den Arbeitsmarkt für einfache Berufe vor neue Herausforderungen stellt. Obwohl Beschäftigungsbereiche für gering qualifizierte Personen durch Produktivitätsgewinne oder Reduktion bzw. Verlagerung der Produktion wegbrechen würden, werde es auch künftig noch Beschäftigungsfelder für Hilfstätigkeiten geben. Die Hilfsarbeitertätigkeiten werden zwar in Bereichen zurückgehen, wo die Anforderungen der Unternehmen an die Qualifikationen der Arbeitskräfte steigen und Personen ohne berufliche Ausbildung durch Personen mit beruflicher Ausbildung ersetzt werden. Stattdessen werden sich Beschäftigungsmöglichkeiten in den arbeitsintensiven Segmenten der persönlichen und sozialen Dienstleistungen eröffnen, prognostiziert die Wirtschaftsforscherin.

Die vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit gering Qualifizierter beruhe als Ausdruck fehlender Anpassungsfähigkeit an die sich wandelnden Rahmenbedingungen die Gefahr langfristiger sozialer Ausgrenzung und Verarmung (s.o.). Mit Hilfe von Weiterbildungsmaßnahmen könnten sich die Betroffenen umorientieren und Beschäftigungsmöglichkeiten in wachsenden Branchen ergreifen. Das ist allerdings umso schwieriger, je länger die betroffenen Personen arbeitslos sind. Aber auch zunehmendes Alter, schlechter Gesundheitszustand, fehlende regionale Mobilität, prekäre Wohn- oder Lebenssituation erschweren den Weg zurück in die Beschäftigung, so die WIFO-Forscherin.

Maßnahmen während der Erstausbildung, die den Abschluss weiterführender Ausbildungszweige im Anschluss an die Pflichtschulausbildung fördern, sowie praxisnahe Ausbildungen für lernschwache Personen könnten dazu beitragen, den Anteil von Jugendlichen mit höchstens Pflichtschulausbildung zu senken. Zur Überwindung eingeschränkter Beschäftigungsperspektiven infolge fehlender formaler Qualifikationen bedarf es Bock-Schnappelwein zufolge bildungsspezifischer Maßnahmen, die den gesamten Lebenszyklus umspannen, beginnend mit Maßnahmen zum Abbau sozialer Selektion beim Übertritt ins Schulsystem über begleitende Maßnahmen im Bildungssystem bis hin zu Bildungsmaßnahmen in anschließenden Erwerbs- und Lebensphasen.

Aufbau neuer Lernkulturen in Unternehmen

Wie soll Weiterbildung für gering Qualifizierte beschaffen sein? Dieser Frage widmete sich die dritte Referentin des Tages, die Erwachsenenbildnerin *Marlies Kranebitter*, Partnerin im Equalprojekt ADVOCATE. Ausgangspunkt des Projekts war der Umstand, dass einerseits ein Fünftel aller erwerbstätigen TirolerInnen Hilfskräfte sind, die mit einem hohen Risiko behaftet sind, von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein. Andererseits klagen zahlreiche Tiroler UnternehmerInnen über den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. In diesem Zusammenhang hält es Kranebitter für zielführend, an den Potenzialen der eigenen MitarbeiterInnen anzusetzen und diese auszubauen.

Kernfragen bei der Planung, Durchführung und Reflexion von Weiterbildungsangeboten betreffen die Anpassung oder Mitgestaltung, die Bildungsentscheidung, die Interessen der Person, die Bedeutsamkeit des Gegenstands, die Möglichkeit der Anknüpfung an Arbeits- und Lernerfahrungen, mögliche Belastungen durch neue Kompetenzen sowie zu erwartende Belastungen durch eine Teilnahme.

Um adäquate Lernmethoden auszuloten und Lernerfolge sicherzustellen, müssen vor allem folgende Schlüsselfragen geklärt werden: Warum will ich etwas lernen? Welchen Sinn hat es für mich, eine Lerneranstrengung auf mich zu nehmen?

Die Frage nach dem subjektiven Sinn von Lernen lässt sich Kranebitter zufolge nur aus einer biographischen Perspektive beantworten: Lernen nehmen wir dann auf uns, wenn die gesamte „Kosten-Nutzen-Bilanz“ stimmt, wenn die Summe der Anstrengungen und Belastungen zugunsten der Erwartungen auf der Nutzenseite ausgeht. Dabei haben biografische Erfahrungen und milieuspezifisch erworbene Einstellungen einen großen Einfluss auf den erwarteten Nutzen. Je negativer die Vorerfahrungen mit Lernen sind, desto konkreter muss der erwartete Nutzen für den Einzelnen sein.

Arbeit und Lernen

Allein die Tatsache, erwerbstätig zu sein, hat Einfluss auf die Einstellung zum Lernen, wie eine Imas-Studie (23/2003) zeigt. In Österreich sind 79 Prozent der Berufstätigen der Meinung, Weiterbildung und Lebenslanges Lernen seien wichtig. Hingegen geben nur 27 Prozent der nicht Berufstätigen an, dass es unbedingt wichtig sei, sich ständig weiterzubilden. Forschungsergebnisse aus der Schweiz zeigen, dass neun von zehn Personen, die sich weiterbilden, berufstätig sind.

Für das Projekt ADVOCATE resultiert aus diesen Ergebnissen der Anspruch, ein Qualifizierungskonzept zu erstellen, das gezielt die überfachlichen Kompetenzen (Bewusstseinsbildung, persönliche Handlungsalternativen, Reflexion,...) der An- und Ungelernten im Rahmen einer arbeitsbegleitenden betrieblichen Qualifizierung anhand konkreter betrieblicher Inhalte fördert.

Viele Lernbedürfnisse der An- und Ungelernten in Unternehmen beziehen sich auf ihre unmittelbaren Arbeitszusammenhänge, weshalb die gewählten Lernformen auf den bestehenden Arbeitsalltag und auf die Prozesse, in welche die ArbeitnehmerInnen eingebunden sind, abzielen. Sie können mit mehr oder weniger großem Aufwand organisiert werden und sind immer dann möglich, wenn Aufgaben in Kooperation mit anderen zu bewältigen sind.

Bei der Gestaltung des Lernprozesses müssen unterschiedliche Lernorte und Lernfelder (Geschäftsabläufe, Aspekte der Ausführung der Arbeit, Arbeitssicherheit und Qualität etc.) ebenso berücksichtigt werden wie die spezifischen Rahmenbedingungen der „Kleinen Lernformen“ (arbeitsplatznahes Lernen, konkret beschriebene Lernzeiten, Prozessorientierung etc.).

Kranebitters Resümee: Es braucht vor allem personelle und finanzielle Ressourcen. Aufwand, Durchführung, Planung, Zeit und Kosten können variieren. „Kleine Lernformen“ sind nicht der kostengünstigste Ersatz für die klassische Weiterbildung, sondern eine eigenständige Variante des Lernens, die das Bildungswesen eines Unternehmens um neue Zielgruppen und Inhalte ergänzt, erweitert und bereichert.

Quelle: Unterlagen zur Fachtagung: „Einbindung durch Ausbildung? Zur Situation von Personen mit geringer Qualifizierung am österreichischen Arbeitsmarkt“, Wien, 14. Mai 2007

Webtipp

Die Europäische Kommission hat das Jahr 2007 zum Jahr der Chancengleichheit erklärt. Ziele sind die Sensibilisierung der Bevölkerung für Chancengleichheit und Vielfalt sowie die Bereitstellung entsprechender Informationen. Zur Verwirklichung dieser Zielsetzung hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit nun eine Website eingerichtet:

www.chancen-gleichheit.at

Wie wirkt die Arbeitsmarktförderung in Österreich?

Ein breites Spektrum an aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zielt auf eine Verbesserung der Beschäftigungschancen von Arbeitssuchenden ab. Das WIFO hat verschiedene Instrumente der Arbeitsmarktförderung im Hinblick auf ihre Wirkung auf die geförderten Personen untersucht. Maßnahmen zur Vermittlungsunterstützung und Qualifizierungsmaßnahmen wirken sich vor allem für Frauen zwischen 25 und 44 Jahren positiv auf die Beschäftigungschancen aus. Für ältere Erwerbslose erwiesen sich insbesondere Transitarbeitsplätze in sozialökonomischen Betrieben als integrationsfördernd.

Vor dem Hintergrund der Ausweitung der aktiven und aktivierenden Arbeitsmarktpolitik in den letzten Jahren kommt der systematischen Evaluierung ihrer Wirkungen wachsende Bedeutung zu. Die vom WIFO durchgeführte Evaluierung der wesentlichsten Interventionsformen der österreichischen Arbeitsmarktförderung kombinierte die Nutzung von Massendaten mit der Anwendung mikroökonomischer Methoden. Das Hauptaugenmerk lag dabei auf der durchschnittlichen Wirkung einer Maßnahme auf die Beschäftigungszeiten der geförderten Personen.

Steigerung der Erwerbsbeteiligung

Alle Interventionsformen steigern der Analyse zufolge die Erwerbsbeteiligung beträchtlich. Die Arbeitsmarktförderung wirkt damit dem Rückzug aus dem Arbeitsmarkt deutlich entgegen. Nicht für alle Maßnahmen oder Gruppen von Teilnehmenden bewirken die Förderungsmaßnahmen jedoch eine Zunahme der Beschäftigung (gemessen an der kumulierten Zeit in ungeförderter Beschäftigung innerhalb von drei Jahren ab Förderungsbeginn):

- Von *Qualifizierungsmaßnahmen* profitieren Frauen zwischen 25 und 44 Jahren am meisten. Besonders positive Wirkungen zeigen sich für Wiedereinsteigerinnen. Aber auch für Männer zwischen 25 und 44 Jahren ist eine positive Tendenz zu verzeichnen. Für ältere Arbeitslose hatte die Teilnahme keine signifikante Wirkung auf die Zeiten in Beschäftigung.
- Bei den *Maßnahmen zur Vermittlungsunterstützung* ("aktive Arbeitsuche" und "Berufsorientie-

rung") sind für Frauen im Alter zwischen 25 und 44 Jahren positive Effekte auf die Beschäftigungsintegration festzustellen, die aber nur für die "aktive Arbeitsuche" signifikant sind. Für Männer generell und für Frauen ab 45 Jahren konnte keine signifikante Wirkung ermittelt werden.

- Am deutlichsten wirkt die *Förderung über Transitarbeitsplätze* in "sozialökonomischen Betrieben" auf die weitere (ungeförderte) Beschäftigung der Teilnehmenden. Dabei konzentriert sich der positive Effekt auf die Altersgruppe zwischen 45 und 54 Jahren, und zwar sowohl für Frauen als auch für Männer. Für Jüngere in "sozialökonomischen Betrieben" und für Geförderte in "gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten" hatte die Teilnahme im Beobachtungszeitraum von drei Jahren keine signifikante Wirkung auf die Zeit in ungeförderter Beschäftigung (Näheres zur Förderung über Transitarbeitsplätze siehe Kasten).
- Die *"Eingliederungsbeihilfe"* bietet eine zeitlich befristete Förderung der Lohnkosten für die Beschäftigung älterer Arbeitsloser oder Langzeitarbeitsloser. Positive Effekte ergeben sich mittelfristig (d.h. ab dem zweiten Jahr nach Förderungsbeginn), allerdings nur, wenn diese Beihilfe überwiegend Personen zugute kommt, die sonst nicht oder erst später einen Arbeitsplatz gefunden hätten. Diese positiven mittelfristigen Effekte sind für Frauen speziell in der Altersgruppe zwischen 45 bis 54 Jahren tendenziell höher als für Männer. Die starke Zielgruppenorientierung der Maßnahme sollte nach Meinung der StudienautorInnen im Sinne der Vermeidung von Mitnahmeeffekten konsequent umgesetzt werden.

Die Befunde für Österreich fügen sich in weiten Teilen in die Erfahrungen anderer Länder mit der Evaluierung der Arbeitsmarktförderung ein. Mit internationalen Befunden stimmen etwa folgende Aspekte überein: die ausgeprägte Wirkung der Maßnahmen auf die Erwerbsbeteiligung, die größeren Effekte für Frauen als für Männer oder die Abhängigkeit der Ergebnisse von der Dauer des Beobachtungszeitraums aufgrund des sog. "Lock-in-Effekts" (die Arbeitslosen suchen während der Teilnahme an den meisten Maßnahmetypen weniger aktiv nach Arbeit).

Optimierungsmöglichkeiten im Maßnahmeneinsatz

Eine Verbesserung der Integrationseffekte durch aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen könnte nach Ansicht der WIFO-AutorInnen über folgende drei Kanäle erreicht werden:

- Stärkung zielgruppenspezifischer Förderangebote
- Verringerung des Einsatzes kurzer bzw. wenig intensiver Maßnahmen
- erhöhtes Angebot an Informationen als Basis für Controlling und Evaluierungen

Der Schluss auf den Erfolgsfaktor "zielgruppenspezifische Förderangebote" resultiert aus den vergleichsweise hohen Wirkungen entsprechender Maßnahmen. Dazu zählen für Schwervermittelbare die Befunde zur Beschäftigungsförderung ("sozialökonomische Betriebe", "Eingliederungsbeihilfe") oder für Personen mit Qualifikationsbedarf die Ergebnisse der Individualbeihilfen zu Kursen auf dem freien Bildungs-

markt. Aber auch die vergleichsweise hohen Effekte für Frauen im Haupterwerbsalter, insbesondere für Wiedereinsteigerinnen, sind – zumindest teilweise – vor dem Hintergrund von Maßnahmen zu sehen, die speziell für Problemlagen in Zusammenhang mit dem Wiedereinstieg nach Erwerbsunterbrechungen entwickelt und gezielt eingesetzt wurden.

Kurze bzw. wenig intensive Teilnahmen dominieren das Fördergeschehen. Solche Maßnahmen dürften aber angesichts des teilweise erheblichen Umorientierungs- und Qualifizierungsbedarfs von Arbeitslosen nicht immer zielführend sein. Werden unterstützende Maßnahmen ("aktive Arbeitsuche", "Berufsori-

ESF-Förderung von Transitarbeitsplätzen evaluiert

Sozialökonomische Betriebe und gemeinnützige Beschäftigungsprojekte bieten Personen, die auf dem regulären Arbeitsmarkt schwer vermittelbar sind, für einen begrenzten Zeitraum einen Arbeitsplatz, auf dem sie in geschütztem Rahmen ihre Arbeitsfähigkeiten weiterentwickeln, zusätzliche Kenntnisse und Fertigkeiten erwerben sowie Erwerbserfahrung generieren können. Diese beiden Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik erwiesen sich in der Evaluierung der ESF-Förderung (Ziel 3) – mehr als die Hälfte aller Teilnahmen wurden in den Jahren 2000-2003 vom Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziell unterstützt – als effektive Maßnahmen zur Integration von Benachteiligten ins Beschäftigungssystem: Die Beschäftigungszeiten der Geförderten wurden deutlich ausgeweitet. Die Wirkung war für Frauen stärker ausgeprägt als für Männer, für Ältere stärker als für Jüngere.

Aufgrund ihrer Konzentration auf Personen mit gravierenden Vermittlungsproblemen sprechen die untersuchten Instrumente mehr als andere Interventionsansätze der Arbeitsmarktförderung arbeitsmarktfernere Personengruppen an, die sich ohne Intervention mit höherer Wahrscheinlichkeit aus dem Arbeitsmarkt zurückziehen würden. Demzufolge ist eine der wesentlichen Wirkungen der Maßnahmen die Steigerung der Erwerbsbeteiligung der Geförderten. Daraus resultiert aber auch, dass die Ausweitung der Beschäftigung von

einem vergleichsweise geringeren Rückgang der Arbeitslosigkeit begleitet war. Die Förderung von Transitarbeitsplätzen ist im Nettoeffekt weniger kostspielig als vielfach angenommen, weil den zusätzlichen Kosten vermehrte Rückflüsse an Sozialabgaben an die öffentliche Hand gegenüberstehen. Speziell für sozialökonomische Betriebe ergibt sich im verfügbaren Betrachtungszeitraum von drei Jahren eine günstigere Kosten-Ertragsrelation als für Kursmaßnahmen. Dies gilt insbesondere für Männer und für Ältere. Allerdings – so die Vermutung des Evaluierungsteams – dürften die vergleichsweise hohen direkten Förderkosten so lange eine Beschränkung für den Einsatz von Transitarbeitsplätzen darstellen, als die fördernden Stellen, denen diese Kosten erwachsen, nicht mit den öffentlichen Stellen übereinstimmen, die den Hauptteil des finanziellen Nutzens aus der positiven Wirkung der Maßnahme ziehen.

Aufgrund der positiven Wirkung für benachteiligte Personengruppen wird von den WIFO-AutorInnen ein vermehrter Einsatz von Transitarbeitsplätzen – unter Beibehaltung der Zielgruppenausrichtung – empfohlen. Spielraum für eine Ausweitung bestehe ihrer Ansicht nach insbesondere dann, wenn zur Steigerung der Effektivität vermehrtes Augenmerk auf die Aktualität und Verwertbarkeit der vermittelten Inhalte gelegt werde.

Quelle: Transitarbeitsplätze als arbeitsmarktpolitisches Instrument, WIFO-Presseaussendung vom 06.09.2006

entierung“) mit kurzer Dauer bzw. Wochenintensität eingesetzt, so könnte der Unterschied gegenüber möglicherweise in anderen Fällen AMS-intern erbrachten Beratungs- und Betreuungsleistungen (die nicht als Förderung aufscheinen) gering sein. Die Ergebnisse werden zudem in anderer Hinsicht durch die Bedeutung kürzerer bzw. weniger intensiver Maßnahmen nach unten beeinflusst: Grundsätzlich sollte ihre durchschnittliche Wirkung auf die weitere Arbeitsmarktintegration der Geförderten geringer sein als die von längeren bzw. umfassenderen Maßnahmen. Wenn dies zutrifft, dann sind die Effekte kleiner, ihre statistische Nachweisbarkeit (Signifikanz) ist somit geringer.

Insgesamt weisen die Ergebnisse der Wirkungsanalyse für unterstützende Maßnahmen („aktive Arbeitsuche“, „Berufsorientierung“), die für die meisten untersuchten Personengruppen im Durchschnitt keine positiven Effekte ergaben, auf Optimierungsmöglichkeiten im Maßnahmeneinsatz gegenüber dem Jahr 2000 hin. In den Folgejahren war auch bereits ein Rückgang der Förderfälle im Bereich dieser Unterstützungsmaßnahmen zu erkennen, allerdings ohne Ausweitung der Intensität oder der Dauer des Fördergeschehens.

Die in den Umsetzungsdaten der Arbeitsmarktförderung ersichtliche Gliederung von Maßnahmentypen fasst ein sehr heterogenes Bündel von Aktivitäten zur Steigerung der fachlichen Qualifikation in zwei Arten

der Förderungsvergabe zusammen („Qualifizierungen in geförderten Bildungseinrichtungen“ und „Beihilfe zu den Kurskosten“). Diese Untergliederung gibt jedoch keine Auskunft über Inhalt, Intensität oder Nachweisbarkeit des erzielten Bildungsabschlusses der konkreten Maßnahmen. Gerade diese Maßnahmen sind also sehr heterogen – und damit ist die Varianz der durchschnittlichen Ergebnisse zur arbeitsmarktpolitischen Wirkung sehr groß. Insofern ist aus insignifikanten Effekten nicht auf die potentielle Wirkungslosigkeit von Qualifizierungen zu schließen. Eine genauere Kodierung der Maßnahmen durch das AMS wäre daher sehr hilfreich, um aus detaillierteren Analysen Erkenntnisse über die Wirkung bestimmter Qualifizierungstypen zu gewinnen. Angesichts des durchschnittlich geringen Ausbildungsniveaus von Arbeitslosen sind nämlich wirkungsvolle Qualifizierungsmaßnahmen ein unverzichtbarer Bestandteil der Arbeitsmarktförderung.

Quelle: Hedwig Lutz, Helmut Mahringer: Wirkt die Arbeitsmarktförderung in Österreich? Evaluierung der Förderungsinstrumente in Österreich; www.wifo.ac.at, 03.04.2007. Nähere Informationen in der WIFO-Studie: Hedwig Lutz, Helmut Mahringer, Andrea Pöschl (Koordination): Evaluierung der österreichischen Arbeitsmarktförderung 2000-2003; 460 Seiten, 80,00 Euro; kostenloser Download: http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&tid=28498&typeid=8&display_mode=2!

Sozialstiftung – Neue Wege in der Arbeitsmarktintegration

Das Equal II-Projekt „Sozialstiftung“ zieht nach zweijähriger Tätigkeit eine erfreuliche Bilanz: Die beruflichen Orientierungs- und Qualifizierungsangebote für Abgänger/innen von sozialökonomischen Betrieben und gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten wurden stärker nachgefragt, als zu erwarten war.

Über hundert Personen aus sozialökonomischen Betrieben (SÖB) und gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten (GBP) haben in den vergangenen zwei Jahren die Angebote der „Sozialstiftung“ in Anspruch genommen. Ziel dieses EU-Projekts ist es, bildungsbereiten Abgänger/innen aus SÖB und GBP das arbeitsmarktpolitische Instrument der „Arbeitsstiftung“

für den beruflichen Wiedereinstieg verfügbar zu machen.

Neben der hohen Akzeptanz des Projekts bei den zuweisenden Stellen (SÖB, GBP und AMS) und dem starken Interesse bei potentiellen Kund/inn/en beeindruckt vor allem die Breite der angebotenen und in Anspruch genommenen Ausbildungen: Diese reichen vom niederschweligen maßgeschneiderten Kursbereich in Kombination mit training on demand und training on the job über die Absolvierung von zertifizierten Fach- und Lehrausbildungen bis hin zu Fachhochschullehrgängen und fallweise Universitätsstudien.

Die positive Annahme der Bildungsangebote belegt außerdem, dass Qualifizierung auch bei dieser – bislang von derartigen Angeboten weitestgehend ausgeschlossenen – arbeitsmarktpolitischen Zielgruppe zum Schlüssel für die berufliche Reintegration wer-



Bei einer in der Fachhochschule Linz im September 2006 abgehaltenen Fachtagung beschäftigten sich über 100 TeilnehmerInnen mit neuen Wegen der Arbeitsmarktintegration.

den kann. Die umfangreichen Clearings, Eignungstests sowie gruppenspezifischen und arbeitsmarktrelevanten Aktivitäten im Rahmen der Projektteilnahme zeigen auch, dass diese Personengruppe über beachtliche persönliche Ressourcen und Fähigkeiten sowie ein hohes Maß an Engagement verfügt.

Begleitende Evaluation

Die Evaluation wird vom Institut für Soziologie der Uni Linz durchgeführt und begleitet das Projekt in wellenförmigen Befragungen und Interviews. Die Kund/inn/en haben die Möglichkeit, persönliche Bedarfe, die Qualität der Stiftungsarbeit sowie die eigene aktive Teilhabe an den projektimmanenten Veränderungsprozessen selbst einzuschätzen. Anonymisiert stehen diese Erkenntnisse den Stiftungsträger/innen und Projektpartner/innen (FAB, B7, ALOM, VFQ) zur Verfügung, um die eigene Arbeit reflektieren, Methoden und Zugänge modifizieren und an die Zielgruppe anpassen zu können.

Erwartungsgemäß konzentrierten sich die Eingangserwartungen auf die Kernbereiche Jobaufnahme und Stabilisierung der individuellen Lebenslagen. Im Verlauf der Berufsorientierungsphase (Modul 1) entwickelten die Kund/inn/en zusätzlich ein Bewusstsein

dafür, dass Bildung und berufliche Qualifizierung unabdingbare Voraussetzung für die dauerhafte berufliche Wiedereingliederung in sinnstiftende Arbeitsfelder sind. Die Qualifizierungsschritte wurden dementsprechend engagiert in Modul 2 aufgenommen und führen über gezielte Outplacement-Strategien (Modul 3) zur Arbeitsaufnahme. Der Erfolg dieser und anderer Outplacement-Stiftungsmodelle hängt von der Kontinuität und der inhaltlichen Schlüssigkeit des Betreuungs- und Begleitungsprozesses ab, der von der Orientierung über konkrete Umsetzungsschritte bis hin zur Vermittlung reicht. Der im Projekt „Sozialstiftung“ verfolgte Ansatz ist personen- und prozessorientiert und setzt qualifizierte und veränderungsbereite Mitarbeiter/innen voraus, die während der gesamten Projektzeit von einem den Projektprozess begleitenden Train-the-Trainer-Zyklus begleitet wurden.

Europäischer Kontext

Eine weitere Dimension des Projekts ist der europäische Kontext, in den es eingebettet ist. Als Beschäftigungsinitiative des ESF ist das Equal-Programm so konzipiert, dass es den transnationalen Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer auf möglichst breiter

Ebene fördert. Die „Sozialstiftung“ kooperiert mit Equal-Projekten in Deutschland, Italien, Spanien und Polen.

Auch auf nationaler Ebene gibt es im Rahmen des Equal-Programmes thematische Netzwerke, an denen die Sozialstiftung inhaltlich mitarbeitet. In den Bereichen „Neue Kooperationsformen mit Unternehmen“, „Kreative Methoden im Berufs- und Bildungskontext“ sowie „Perspektiven für arbeitsmarktpolitische Zielgruppen“ werden neue Strategien, Methoden und Ansätze diskutiert, präzisiert und publiziert.

Arbeitsmarktpolitischer Mehrwert

Zusammenfassend liegt der konkrete Mehrwert des Projekts für die regionalen arbeitsmarktpolitischen Akteure in folgenden Bereichen:

- Methodenentwicklung für Berufsorientierungsmaßnahmen

- neue Bewerbungsstrategien
- kreative Zusatzangebote im Qualifizierungskontext
- neue Haltungen für Begleiter/innen („Train-the-Trainer-Leitfaden“)
- Transferleitfaden, der die notwendigen Rahmenbedingungen für den Transit von Personen zwischen verschiedenen Maßnahmentypen beschreibt.

Ende Juni 2007 endete zwar der Förderzeitraum für das Projekt, dennoch werden die Teilnehmer/innen aufgrund zum Teil längerer Ausbildungszeiten noch bis Ende 2009 fertig betreut. Ergebnisse und Produkte des Projekts können unter www.sozialstiftung.at abgerufen werden.

Marcus Hillinger

Wie offene Stellen besetzt werden

Bei Stellenbesetzungen sind informelle Netzwerke unverändert wichtig: Ein Drittel aller Neueinstellungen kommt über eigene Mitarbeiter und persönliche Kontakte zustande. Die informelle Suche nach Bewerbern hat damit nach wie vor große Bedeutung, zeigt eine Betriebsbefragung des deutschen Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) aus dem vierten Quartal 2006. Bei fast jeder vierten Neueinstellung der vorangegangenen zwölf Monate fanden die Arbeitgeber einen passenden Bewerber durch Zeitungsinsertate. Hingegen kamen nur bei einem geringen Teil aller Stellenbesetzungen ehemalige PraktikantInnen zum Zuge.

Mehr als jede zehnte Stellenbesetzung beruhte auf einer Initiativbewerbung. Die Eigeninitiative von Arbeitssuchenden führt damit wieder häufiger zu einem sozialversicherungspflichtigen Job als im Jahr zuvor. Kontakte zur Arbeitsagentur oder die Internet-Jobbörsen der Bundesagentur für Arbeit führten ebenfalls zu mehr als zehn Prozent der Einstellungen. Aus anderen Internet-Stellenbörsen ergaben sich neun Prozent der Stellenbesetzungen.

Die private Arbeitsvermittlung spielte mit drei Prozent im Ganzen eine geringe Rolle bei der Besetzung offener Stellen. Noch weniger Neueinstellungen beruhten auf internen Stellenausschreibungen und internen Praktika (je 2%) oder auf Inseraten Arbeitssuchender (1%).

Betriebe nutzen meist mehrere Suchwege

Die Betriebe nutzen bei der Personalsuche meist mehrere Wege zugleich – neben den Vermittlungsdiensten der Agenturen für Arbeit beispielsweise auch Inserate und informelle betriebsinterne Möglichkeiten.

Inserate schalteten die Arbeitgeber bei 41 Prozent der offenen Stellen. Nach dem rückläufigen Trend der vergangenen Jahre registrierte das IAB nunmehr erstmals wieder einen deutlichen Anstieg. Bei 40 Prozent aller offenen Stellen wurde neues Personal über eigene Mitarbeiter und persönliche Kontakte gesucht. Beruflichen und sozialen Netzwerken kommt damit eine unverändert hohe Bedeutung zu.

Die Dienstleistungen der Arbeitsagenturen einschließlich der Internet-Jobbörsen der Bundesagentur für Arbeit nutzten die Betriebe bei 33 Prozent der offenen Stellen. Andere Internetdienste als die BA-Jobbörse wurden bei 29 Prozent der offenen Stellen genutzt. Initiativbewerbungen bezogen die Betriebe bei 27 Prozent der offenen Stellen mit ein.

Mehr Stellenangebote

Generell ist in Deutschland mit dem konjunkturellen Aufschwung die Arbeitskräftenachfrage stärker geworden. Im Herbst 2006 suchten 20 Prozent aller Betriebe nach Personal. Insgesamt haben sie rund 1,4 Mio. Stellen angeboten, fast 60.000 mehr als im Herbst des Vorjahres. Im Schnitt gab es in diesen Betrieben 3,4 offene Stellen. Das Stellenangebot hat dabei in West- und Ostdeutschland gleichermaßen zugenommen (jeweils um 130.000). In den neuen Bundesländern hat die Nachfrage vor allem am Ersten Arbeitsmarkt angezogen.

Der Arbeitsvermittlung waren 44 Prozent aller Stellen gemeldet, erheblich mehr als im Vorjahr (38%). Einschließlich der Stellen aus ihren internet-basierten Diensten kennt die Bundesagentur für Arbeit (BA) inzwischen 59 Prozent des gesamten Stellenangebots.

Offene Stellen konnten im Jahr 2006 nicht mehr so leicht besetzt werden wie früher. So blieben die Stellen länger vakant und der Anteil schwerbesetzbarer Vakanzen ist von 13 auf 19 Prozent gestiegen. Dennoch berichteten im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt nach wie vor relativ wenige Betriebe (8%), dass sie durch Arbeitskräftemangel eingeschränkt sind. Als wichtigstes Hemmnis wird immer noch der Auftragsmangel genannt.

Jährlich werden 150.000 PraktikantInnen übernommen

Bei 2,3 Prozent aller Stellenbesetzungen kommen ehemalige PraktikantInnen zum Zuge. Auf Jahr gerechnet handelt es sich um rund 150.000 PraktikantInnen, die von den Betrieben in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis übernommen werden.

Mitte des Jahres 2006 gab es ca. 600.000 PraktikantInnen in Deutschland, geht aus einer weiteren IAB-Studie hervor. Da Praktika häufig nur wenige Wochen oder Monate dauern, liegt die Zahl der jährlich absolvierten Praktika um ein Mehrfaches darüber. Zuverlässige Zahlen, wie viele Praktika pro Jahr abgeleistet werden, gibt es bislang nicht.

Wie hoch die Chance ist, nach einem Praktikum übernommen zu werden, lässt sich daher nicht beziffern. Auch zu den Arbeitsbedingungen der PraktikantInnen und der Frage, ob es sich bei einem Teil der Praktika um einen Ersatz für eine reguläre Beschäftigung handelt, kann die Studie keine Aussagen machen – sie bildet ausschließlich die betriebliche Perspektive ab.

Zum Begriff „Praktikum“

Das Praktikum dient der Ergänzung der theoretischen Ausbildung, der Berufsorientierung und dem Sammeln erster beruflicher Erfahrungen. StudentInnen und HochschulabsolventInnen führen es oft während oder nach dem Studium durch. In mancher Studienordnung ist es Pflicht.

Es gibt in Deutschland zahlreiche Sonderformen. So wird das „Anerkennungspraktikum“ nach dem Abschluss einer Berufsausbildung absolviert, um die volle Anerkennung des Berufsabschlusses zu erreichen. An Fachhochschulen ist gewöhnlich ein „Praxissemester“ vorgeschrieben. Des Weiteren gibt es freiwillige Praktika, die z.B. nach einer gewerblichen/kaufmännischen Berufsausbildung absolviert werden oder von Personen, die keinen Abschluss haben. Letztere werden auch als „Anlernausbildung“ bezeichnet. Außerdem können „Eignungs- und Trainingsmaßnahmen“, die von den Arbeitsagenturen angeboten werden, um die Eingliederungschancen von Arbeitslosen zu verbessern, als Praktika gelten.

Wegen des vielfältigen Begriffsinhaltes wurde den befragten Betrieben in der IAB-Studie bewusst keine Definition von „Praktikum“ vorgegeben. Im Sinne dieser Untersuchung sind Praktika somit Beschäftigungsformen, die von den Betrieben als solche wahrgenommen werden.

Die Debatte um die „Generation Praktikum“ hat die öffentliche Aufmerksamkeit auf die HochschulabsolventInnen unter den PraktikantInnen fokussiert. PraktikantInnen, die einen Hochschulabschluss anstreben oder bereits haben, sind allerdings deutlich in der Minderheit. Sie stellen nur 150.000 bis 200.000 der 600.000 PraktikantInnen.

Mit Praktikanten besetzte Stellen erfordern mehrheitlich einen mittleren Berufsabschluss

Drei von vier Stellen, die mit ehemaligen PraktikantInnen besetzt werden, erfordern einen mittleren Berufsabschluss, beispielsweise eine kaufmännische oder gewerbliche Ausbildung oder einen Fachschulabschluss. Nur 15 Prozent setzen einen Hochschulabschluss voraus. „Es werden also nicht in erster Linie Stellen für Hochschulabsolventen über interne Praktika besetzt“, schreiben die IAB-Arbeitsmarktforscher.

Die Stellen der ehemaligen PraktikantInnen waren häufiger befristet (55%) als die der anderen eingestellten Beschäftigten (43%). Fast die Hälfte der übernommenen Praktikanten ist zwischen 30 und 40 Jahre alt, ein großer Teil ist jünger (40 Prozent) und nur wenige sind älter (15 Prozent). Für die Jüngeren ist das Praktikum überwiegend eine Station zwischen Ausbildung und fester Stelle. Die mittleren Jahrgänge waren vorher meist arbeitslos oder anderswo beschäftigt. Insgesamt waren 35 Prozent der eingestellten ehemaligen PraktikantInnen unmittelbar vor der Einstellung arbeitslos. Der relativ hohe Anteil kann auch mit Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen zusammenhängen, die vielen Arbeitslosen von den Arbeitsagenturen angeboten werden. Sie finden häufig in Betrieben statt und werden möglicherweise von diesen als Praktika eingestuft.

Kleine Betriebe stellen häufiger ehemalige PraktikantInnen ein

Am häufigsten stellen kleine Betriebe über Praktika ein. 3,6 Prozent aller Einstellungen kommen hier auf

diesem Weg zustande. In den mittleren Betrieben mit 50 bis 500 Beschäftigten ist dies bei 1,5 Prozent, in den großen Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten bei 0,9 Prozent aller Einstellungen der Fall. Auffällig ist zudem: Dienstleistungsunternehmen stellen häufiger als andere Betriebe ehemalige PraktikantInnen ein. Und in Ostdeutschland wird dieser Weg etwas öfter besprochen als in Westdeutschland (3,2% bzw. 2,1% der Stellenbesetzungen).

Quellen: Wolfgang Braun: Stellenbesetzung: Netzwerke unverändert wichtig. Pressemitteilung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB), 04.06.2007; Wolfgang Braun: Jährlich werden 150.000 Praktikanten übernommen, Pressemitteilung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB), 22.03.2007; Betriebspraktika: Auf Umwegen zum Ziel, IAB-Kurzbericht 7/2007; Kräftige Konjunktur stärkt die Arbeitsnachfrage, IAB-Kurzbericht, 11/2007

Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit

Die Zahl der Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit ist in Deutschland seit 2003 deutlich angestiegen. Ein ähnlicher Aufwärtstrend ist für Österreich festzustellen. Was für die einen eine Chance darstellt, kann andere jedoch in die Sackgasse führen.

Eine Viertelmillion Arbeitslose machte sich 2005 in Deutschland mit Unterstützung der Bundesagentur für Arbeit (BA) selbstständig, 2004 waren es sogar rund 350.000. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat 6.000 vormalige Arbeitslose befragt, die sich im dritten Quartal 2003 mithilfe von Überbrückungsgeld oder Ich-AG-Förderung selbstständig gemacht haben.

Das zentrale Ergebnis: Drei von vier geförderten Existenzgründungen sind nach einer Startphase von 16 bis 19 Monaten noch am Markt. Die Entwicklung der Einkünfte ist sehr uneinheitlich. So erzielt knapp die Hälfte der Neo-Selbstständigen mit einer wöchentlichen Tätigkeit von mehr als 35 Stunden ein Einkommen, das mindestens so hoch ist wie auf ihrer letzten

Stelle als abhängig Beschäftigte. Bei GründerInnen, die weniger Stunden arbeiten, erreicht nur ein knappes Drittel dieses Niveau.

Gemischte Bilanz

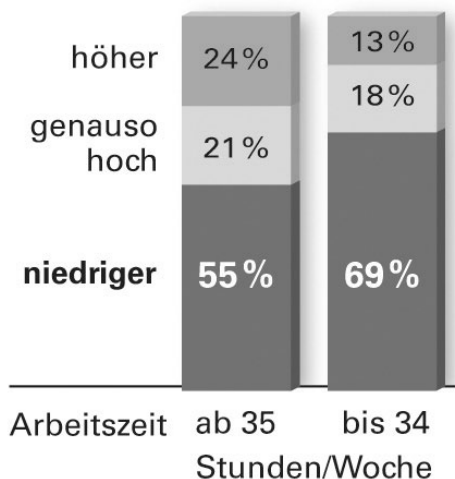
Insgesamt ziehen die IAB-Forscher Susanne Noll und Frank Wießner ein gemischtes Zwischenfazit der geförderten Selbstständigkeit: "Im günstigsten Fall hat die Gründung eine Brückenfunktion in dauerhafte selbstständige Erwerbstätigkeit. Im zweitgünstigsten Fall führt sie zurück in abhängige Erwerbstätigkeit, im ungünstigsten Fall erweist sie sich als soziale Falle".

Befragt wurden die GründerInnen unter anderem danach, welche Motive sie in die Selbstständigkeit geführt hatten und wie sich ihr Geschäft entwickelt hat. Dabei trat Folgendes zutage:

- **Motive:** 80 Prozent der Befragten gaben als Motiv für die Unternehmensgründung an: "Ich wollte nicht mehr arbeitslos sein." 52 Prozent erklärten, sie hätten schon immer ihr eigener Chef sein wollen. Der Aussage "Ich hatte eine Marktlücke entdeckt" stimmten 32 Prozent zu. Ebenso viele Befragte nannten als Grund, ihre Leistungsansprüche an die BA seien fast aufgezehrt gewesen. Lediglich 15 Prozent gaben als Motiv für die Grün-

Selbstständigkeit mit Verlust

Im Vergleich zur letzten Beschäftigung liegt das Einkommen* als Gründer...



* verfügbares Nettoeinkommen nach Angaben BA-geförderter Gründer
 Quelle: Noll, Wießner 2006
 © Hans-Böckler-Stiftung 2006

derung an, ihr Berater in der Arbeitsagentur habe dazu geraten.

- **Einkommen:** 45 Prozent der neuen Unternehmerinnen und Unternehmer, die mindestens 35 Wochenstunden arbeiten, haben nach eigener Aussage gleich viel oder ein höheres Netto-Einkommen als zuvor in abhängiger Beschäftigung. 55 Prozent haben Einkommen verloren. Unter Existenzgründern mit kürzerer Wochenarbeitszeit haben lediglich 31 Prozent ihr früheres Einkommensniveau mindestens gehalten. Dies sei nicht erstaunlich, weil JungunternehmerInnen generell am Anfang viel arbeiten und vergleichsweise wenig einnehmen, so die Studienautoren. Dennoch warnen sie vor "der Gefahr der Selbstausbeutung, des 'Working Poor' am Rande des Existenzminimums" - gerade in der Startphase.
- **Beendigung der Selbstständigkeit:** Ein Viertel der Befragten hatte die Selbstständigkeit zum Befra-

gungszeitpunkt wieder aufgegeben. Dafür gab es zwei wesentliche Gründe: Einerseits das wirtschaftliche Scheitern des Vorhabens, andererseits den Wechsel auf eine aus Sicht der Selbstständigen attraktivere Stelle als abhängig Beschäftigte. Von allen AbbrecherInnen war zum Zeitpunkt der Befragung die Hälfte erneut arbeitslos gemeldet, während ein Drittel wieder einer abhängigen Beschäftigung nachging. Dabei musste die Mehrheit in dieser Gruppe Einkommenseinbußen hinnehmen.

- **Schulden:** 37 Prozent der AbbrecherInnen (neun Prozent aller Befragten) beendeten das Experiment Selbstständigkeit nach eigenen Angaben mit Schulden. Ein Drittel davon hat Verbindlichkeiten bis zu 2.500 Euro, weitere 45 Prozent zwischen 2.500 und 10.000 Euro. 20 Prozent verschuldeten sich zwischen 10.000 und 50.000 Euro, weitere drei Prozent noch höher.
- **Gründe für das Scheitern:** Auftragsmangel, Finanzierungsengpässe, unterschätzte Kosten für soziale Absicherung - das sind die am häufigsten genannten Gründe für den Ausstieg aus der Selbstständigkeit. Vor allem "Ich AG"-GründerInnen haben sich oft verschätzt: Die Kosten für die Pflichtmitgliedschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung sowie Krankenkassenbeiträge zehren einen erheblichen Teil der Förderung auf.

Noll und Wießner resümieren: Entscheidend für den Erfolg der Förderung sei, Gründungswillige entsprechend ihren Kenntnissen und Fähigkeiten richtig einzuschätzen. Ein "Mindestmaß an sozialer Absicherung zu erschwinglichen Preisen" ist nach Analyse der IAB-ForscherInnen sehr wichtig für die ExistenzgründerInnen. Die obligatorische Rentenversicherung für "Ich AG"-Gründer bewerten sie daher als grundsätzlich richtig. Attraktiv dürfte für die Selbstständigen auch im Februar 2006 in Deutschland eingeführte Regelung sein, nach der sich geförderte ExistenzgründerInnen freiwillig in der Arbeitslosenversicherung weiterversichern können.

Österreich: Vermehrt Gründungen durch ältere Arbeitslose

Auch in Österreich wagen immer mehr unfreiwillig „Freigestellte“ den Sprung in die Selbstständigkeit. In einzelnen Bundesländern werden deshalb schon bis zu 15 Prozent der jährlichen Firmengründungen aus der Arbeitslosigkeit heraus gestartet, mit steigender Tendenz: Vor ein paar Jahren lag dieser Wert noch unter der Zehn-Prozent-Marke.

Angebote ohne Nachfrage

Arbeitsagentur-geförderte Gründungen scheiterten an ...



nach Angaben
BA-geförderter
Existenzgründer

Mehrfachnennungen; Quelle: Noll, Wießner 2006 | © Hans-Böckler-Stiftung 2006

Beim Arbeitsmarktservice Österreich (AMS) verzeichnet man derzeit insbesondere einen überdurchschnittlich großen Anstieg der Gründungen durch ältere Arbeitslose, die auch als Bestqualifizierte bei der Jobsuche oft chancenlos sind. Bereits jede/r fünfte "JungunternehmerIn" ist älter als 45 Jahre. Über 26.000 Arbeitslosen wurde in den letzten acht Jahren durch das AMS-Gründerprogramm der Weg in die Selbstständigkeit geebnet.

Dabei werden Gründungs-Aspiranten, die genügend Berufserfahrung mitbringen, Unternehmensberater zur Seite gestellt. Diese wägen dann mit Zustimmung und finanzieller Unterstützung durch das AMS (pro Projekt: 4.500 Euro) Chancen und Risiken des Projekts ab. Es folgen eine Realisierungs- und eine Nachbetreuungsphase. Die Beraterfirmen stellen dabei auf den individuellen Fall abgestimmte Kurspakete zusammen.

"Man muss bereits mit einem konkreten Projekt antreten – und dieses dann nach allen Seiten mit Zähnen und Klauen hartnäckig gegen die Bremser verteidigen." So formulierte ein ehemaliger Unternehmens-Aspirant im Gespräch mit dem Standard seine Erfahrungen beim Umstieg in den neuen Lebensentwurf. Empfohlen wird ein Mix aus kühlem Realitätssinn, Idealismus und hartnäckigem Optimismus, auch wenn dies aus der Situation der Arbeitslosigkeit nicht

immer leicht fällt. Die Überlebensquote der NeugründerInnen liegt hierzulande nach drei Jahren mit 87 Prozent jedenfalls deutlich höher als beim Gesamtdurchschnitt der jährlich 31.000 Firmengründungen.

Die Neugründungen erfolgen derzeit vor allem im Bereich unternehmensbezogener Dienstleistungen, etwa als BeraterInnen oder TrainerInnen. Jede/r vierte Arbeitslose macht sich im Handel, Gewerbe oder Handwerk selbstständig. Drei Viertel dieser Unternehmen gelten einer Evaluierung des AMS zufolge als betriebswirtschaftlich "gut gehend". Unternehmensberater wie die Österreichische Studien- und Beratungsgesellschaft (ÖSB consulting)

unterstreichen, dass jene am erfolgreichsten sind, die "kalkulierte Risiken" eingehen."

Die zuvor arbeitslosen FirmengründerInnen, die am Beginn in der Regel zumeist allein arbeiten, schaffen im Durchschnitt in den ersten fünf Jahren 1,3 zusätzliche Angestellten-Jobs; d.h. der zusätzliche Beschäftigungseffekt ist nicht überwältigend. Auch die Überlebensquote sinkt in diesem Zeitraum etwas: Nach fünf Jahren existieren noch 73 Prozent der Firmen, eine Rate, die geringfügig über jener der gesamten Firmengründungen (71,7 Prozent) liegt. Dennoch zahlt es sich, so Monika Bachhofer im Standard, für den Staat aus, für innovative Selbstständige jährlich rund 14 Millionen Euro auszugeben. Denn laut AMS-Sprecherin Beate Sprenger waren 80 Prozent der Betreuten mit der Gründungsberatung "sehr bzw. eher zufrieden"; ein Wert, der bei anderen Maßnahmen nur selten erreicht wird.

Quellen: Geförderte Existenzgründer: Zwischen erfolgreicher Selbstständigkeit und Schulden, Pressemitteilung der Hans-Böckler-Stiftung, 22.05.2006; Atypische Erwerbstätigkeit. Gründer aus der Not, Böckler Impuls 09/2006; Monika Bachhofer: Volles Risiko statt stempeln gehen, Der Standard, 29.12.2006; Susanne Noll, Frank Wießner: Existenzgründung aus Arbeitslosigkeit: Ein Platz an der Sonne oder vom Regen in die Traufe? WSI-Mitteilungen 5/2006

Mehr Beschäftigung für Benachteiligte schaffen

In einer gemeinsamen Erklärung präsentieren der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), die Arbeiterwohlfahrt (AWO), der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband und das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland Thesen zur Weiterentwicklung von öffentlich geförderter Beschäftigung.

Angangspunkt der Überlegungen ist der Umstand, dass sich die derzeit leichte Aufwärtsentwicklung am Arbeitsmarkt nicht auf alle arbeitssuchenden Menschen auswirkt. Personen mit mehreren so genannten Vermittlungshemmnissen, seien es z.B. die Dauer der Arbeitslosigkeit, das Alter oder gesundheitliche Einschränkungen, haben auf absehbare Zeit kaum eine Chance auf einen Arbeitsplatz im allgemeinen Arbeitsmarkt. Bei dieser Zielgruppe gelangen die Aktivierungsstrategie des "Forderns und Förderns" und eine ausschließlich auf Eingliederung in den regulären Arbeitsmarkt ausgerichtete Strategie schnell an ihre Grenzen. Das Ergebnis ist Perspektivlosigkeit bei den Betroffenen bei gleichzeitig hohen gesamtgesellschaftlichen Kosten der Arbeitslosigkeit. Daher ist nach Auffassung von DGB und Wohlfahrtsverbänden eine auf qualitatives Wirtschaftswachstum ausgerichtete Beschäftigungspolitik erforderlich, die weit über Arbeitsmarktpolitik hinausgeht. Ein Bestandteil dieser offensiven Beschäftigungspolitik sollten öffentlich geförderte Beschäftigungsangebote für Menschen mit geringen Chancen am Arbeitsmarkt sein. Öffentlich geförderte Beschäftigung sei insofern nicht entbehrlich, sondern im Gegenteil notwendiger denn je.

Übergang von der Arbeitslosigkeit in ungeforderte Beschäftigung

Öffentlich geförderte Beschäftigung hat die Aufgabe, für Menschen mit geringen Chancen am Arbeitsmarkt einen Übergang von der Arbeitslosigkeit in ungeforderte Beschäftigung („erster“ oder „allgemeiner“ Arbeitsmarkt) zu ermöglichen. Durch Qualifizierungsmaßnahmen und Eingliederungszuschüsse verbessert aktive Arbeitsmarktpolitik die Beschäftigungschancen von Menschen mit besonderem Hilfebedarf. Öffentlich geförderte Beschäftigung müsse außerdem weitaus stärker als heute zur Vergrößerung des Arbeitsangebotes genutzt werden und längerfristige sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze bereitstellen.

Öffentlich geförderte Beschäftigung in diesem Sinne sollte nach Ansicht der Unterzeichnenden folgende Anforderungen erfüllen:

- 1) Insbesondere leistungsgeminderte Langzeitarbeitslose haben derzeit keine realistischen Chancen auf dem „ersten“ Arbeitsmarkt. Gleichzeitig werden gesellschaftlich sinnvolle Arbeiten im sozialen und ökologischen Bereich nicht erledigt. DGB und Wohlfahrtsverbände sprechen sich dafür aus, diese gemeinwohlorientierte Aufgaben als Felder der öffentlich geförderten Beschäftigung zu definieren. Gemeinwohlorientierte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung soll über einen Zeitraum von mehreren Jahren hinweg gefördert werden. Diese Forderung greift im Übrigen einen Vorschlag des Ombuds-Rates der Bundesregierung zur Grundsicherung für Arbeitsuchende (Hartz IV) auf.
- 2) Ein Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung ermöglicht benachteiligten Personengruppen eine Deckung ihres Lebensunterhaltes durch Erwerbseinkommen. Dies ist nicht nur ein Beitrag zur Armutsvermeidung, sondern auch zur aktiven, sozialen Teilhabe an der Gesellschaft. Die Heranziehung von Arbeitslosen zu sozialrechtlichen Tätigkeiten als „Gegenleistung“ für die Sozialleistung (sog. Workfare) könne dies nicht leisten. Die betreffenden Menschen bleiben in vollem Umfang auf die Sozialleistung angewiesen und sind im Vergleich zu anderen Arbeitnehmer/innen diskriminiert.
- 3) Öffentlich geförderte Beschäftigung in sozialversicherungspflichtiger Form ist höchstens mit geringen volkswirtschaftlichen Mehrkosten im Vergleich zu passiven Sozialleistungen verbunden. Dies stellte auch der deutsche Bundesrechnungshof in seinem Prüfbericht zur Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Mai 2006) fest. Durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigung werden Steuer- und Beitragseinnahmen erzeugt. Die in Deutschland praktizierte bisherige Schwerpunktsetzung auf Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (sog. 1-Euro-Jobs) beruhe auf falschen fiskalischen Anreizen durch verschiedene Etats bei den Arbeitsgemeinschaften und Kommunen sowie auf unzureichend auf den Einzelfall ausgerichtete Maßnahmen.
- 4) Öffentlich geförderte Beschäftigung bringt zusätzliche Wertschöpfung im sozialen und ökologischen Infrastrukturbereich. Die derzeitigen passiven Ausgaben für Arbeitslosengeld II (ALG II) soll-

ten teilweise in die Förderung von Beschäftigung umgeleitet werden. Dazu sei es notwendig, die bisher zugunsten von sozialrechtlichen Arbeitsgelegenheiten wirkenden finanziellen Anreize zugunsten von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung umzustellen.

- 5) Die derzeitige Arbeitsförderung für langzeitarbeitslose Menschen weist eine deutliche Schiefelage zugunsten der Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwandsvariante auf. Parallel zur Forderung nach einem Ausbau der sozialversicherungspflichtigen öffentlichen Beschäftigung wird gefordert, dieses Instrument weitaus einzelfallbezogener einzusetzen, als es derzeit der Fall ist.

- 6) Neben der Beschäftigung im gemeinwohlorientierten Bereich in lokalen, sozialorientierten Maßnahmen sollten die Rahmenbedingungen für zusätzliche Arbeitsplätze für leistungsgeminderte Menschen in Integrationsfirmen und bei sozialen Beschäftigungsträgern geschaffen werden.

Quelle: Gemeinsame Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB), der Arbeiterwohlfahrt (AWO), des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands (DPWV) und des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 16.11.2006; http://www.awo.org/pub/soz_pol/arbeit/besch_ben06

Vernetzt gespalten – Digitale Ungleichheit in Österreich

Das Internet vernetzt nicht nur diejenigen, die es nutzen, sondern spaltet auch – nämlich Bevölkerungsgruppen, die nicht online sind, von wichtigen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten ab. Wie sich Ungleichheit bezüglich Qualität und Quantität der Internetnutzung in der Gesellschaft manifestiert, zeigen die nachfolgenden Seiten.

„Ich bin drin!“ Mit diesen Worten warb vor einigen Jahren ein amerikanischer Onlinedienst für den schnellen und unkomplizierten Einstieg ins World Wide Web. Diese drei Wörter mutierten zum modernen „Sesam öffne dich!“ einer virtuellen Schatzkammer, die all jenen, die Zugang dazu haben, unzählige Möglichkeiten eröffnet, ihre Lebensbedingungen positiv zu beeinflussen: E-Government erlaubt es den BürgerInnen via Internet mit Behörden zu kommunizieren und zahlreiche größere und kleinere Amtswege online zu absolvieren. Online-Jobbörsen bieten die Möglichkeit, von zu Hause aus welt-/österreichweit Jobs zu suchen oder sich selbst online interessierten Unternehmen zu präsentieren. Diskussionsforen, Chats, Internettelefonie sind moderne Möglichkeiten, mit anderen in Kontakt zu treten. Dies alles funktioniert aber in erster Linie nur dann, wenn man überhaupt einen Internetzugang zur Verfügung hat. „Ich bin drin!“ gilt somit in doppelter Hinsicht: Denn im Internet „drin“ zu sein, wird immer öfter auch essentiell dafür, an der (virtuellen) Welt teilzuhaben.

Digitale Spaltung

Bereits 1995, als das Internet noch in seinen Kinderschuhen steckte, wurden zum ersten Mal Daten über den Internetzugang mit soziodemografischen Daten verknüpft. Die Erhebung der U.S. amerikanischen Telekommunikationsbehörde¹ sollte erkunden, inwieweit auch ländliche Gebiete ans Internet angeschlossen sind. Doch schnell wurde offensichtlich, dass nicht allein die geografische Herkunft determinierte, ob jemand online ist oder nicht: Auch Bildungsstand, ethnische Herkunft oder Alter waren wesentlich dafür, ob man sich zu den „Onlinern“ oder zu den „Offlinern“ zählte. Schon bald darauf wurden soziale Ungleichheit im Zugang zum Internet unter dem Schlagwort „Digital Divide/Digitale Spaltung“ diskutiert und die Bevölkerungsgruppen mit einem hohen Risiko, von der virtuellen Welt abgespalten zu sein, identifiziert. In den Industrieländern sind vor allem Frauen, Personen mit Pflichtschulabschluss, mit geringem Einkommen, ältere Menschen, Menschen mit besonderen Bedürfnissen und diejenigen, die auf dem Land leben, bei den InternetnutzerInnen unterrepräsentiert.

Abwarten und Tee trinken?

Schon bald, nachdem die ersten Meldungen über ungleichen Zugang zum Internet als neuen Aspekt sozialer Ungleichheit publik wurden, begann es innerhalb der Sozialwissenschaften zu brodeln. Dem Aufschrei mancher WissenschaftlerInnen, dass digitale Spaltung ein massives soziales Problem in der heutigen Informationsgesellschaft darstelle, folgte ein ebenso lauter Aufschrei jener, die vor einer übertriebenen Hysterie warnten. Die Speerspitze der KritikerInnen am Konzept der „digitalen Spaltung“ bildete der amerikanische Medienforscher Benjamin Com-

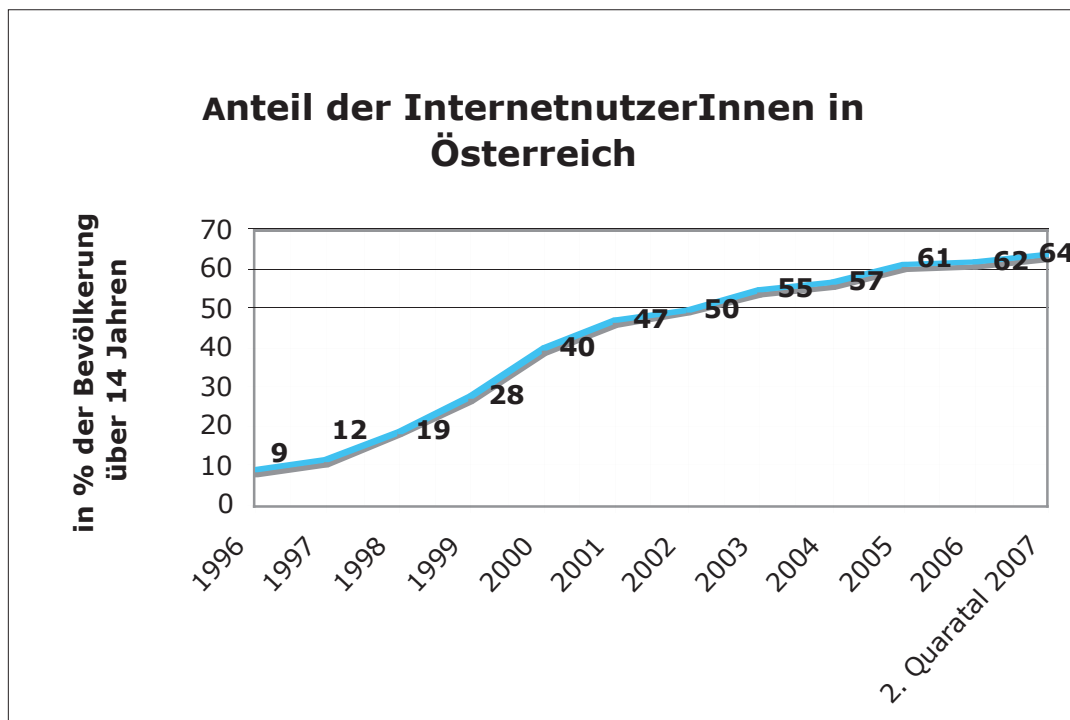
paine, Herausgeber des Buches „Digital Divide: Facing a Crisis or Creating a Myth?“² Darin stellt er die These auf, dass sich die Kluft zwischen Onlinern und Offlinern schnell schließen wird. Die von Compaine vertretene „Theorie zur Diffusion von Innovation“ geht davon aus, dass diejenigen, die sich schon zu Beginn das anfangs noch relativ teure Internet leisten können („frühe ÜbernehmerInnen“), durch ihre Nachfrage die Kosten für alle anderen senken, sodass die Internetdiffusion steigt und schlussendlich alle Bevölkerungsgruppen durchdringt. Digitale Spaltung in Industrieländern sei somit ein Problem, das sich von selbst bzw. durch die Marktkräfte von Nachfrage und Angebot löse. Diese auch in der Betriebswirtschaft verwendete Theorie erwies sich als nicht wirklich brauchbar: Denn auch heute noch existieren Klüfte zwischen den Bevölkerungsgruppen, wobei die Ungleichheit in manchen Bereich sogar noch wächst. Die Diffusion von TV-Geräten, Mixern oder Staubsaugern, die die Theorie eigentlich beschreibt, unterscheidet sich nämlich gravierend von jener des Internets: Wer ins Internet einsteigt, muss nicht nur die Kosten decken können, sondern allen voran einmal überhaupt die Potentiale des Netzes erkennen und diese nutzen wollen sowie schlussendlich auch noch die Anwendungsfähigkeiten dazu haben. Deshalb wird digitale Spaltung nicht vorrangig als technologisches, sondern vor allem als soziales Problem gesehen.

Online/Offline in Österreich

Seit Mitte der 1990er Jahren wurden international unzählige Studien durchgeführt, die sich damit beschäftigen, wer wie oft das Internet nutzt. So existieren auch für Österreich zwei Langzeiterhebungen von Markt- und Meinungsforschungsinstituten,³ die seit Mitte der 1990er Jahre zeigen, dass die Zahl an InternetnutzerInnen innerhalb des letzten Jahrzehnts fast kontinuierlich anstieg (vgl. Grafik).

Unter den heute 4,4 Millionen InternetnutzerInnen sind noch immer bestimmte Bevölkerungsgruppen unterrepräsentiert. Neben Frauen und Menschen mit geringem Einkommen sind vor allen Dingen ältere ÖsterreicherInnen und Menschen mit Pflichtschulabschluss deutlich bei den InternetnutzerInnen unterrepräsentiert. In Österreich sind etwa 25 Prozent der erwachsenen Bevölkerung über 60, während nur 7 Prozent der InternetnutzerInnen in diese Alterskategorie fallen.

Der Anteil der PflichtschulabgängerInnen an den InternetnutzerInnen hat innerhalb des letzten Jahrzehnts sogar von 25 auf 19 Prozent abgenommen, während ihr Anteil an der erwachsenen Bevölkerung konstant blieb.⁴ Diese Tatsache bezeichnet der Soziologe Georg Aichholzer, einer der renommiertesten österreichischen Forscher auf dem Gebiet der digitalen Spaltung, als ein massives soziales Problem.⁵



Qualität statt Quantität

Somit sind sowohl die steigenden NutzerInnenzahlen als auch die Persistenz von Klüften beim technologischen Zugang zum Internet Realität. Das Anwachsen derjenigen, die die technologischen Barrieren (PC, Internetanschluss, etc.) überwunden haben und nun online sind, brachte auch Impulse für die internetbezogene Ungleichheitsforschung und eine Redefinition des Verständnisses von digitaler Spaltung. Heute geht es im Wesentlichen um „digitale Ungleichheit“, die nicht mehr so stark den Aspekt des technologischen Zugangs als einzige Dimension von Ungleichheit betrachtet. Heute beschäftigen sich ForscherInnen auf diesem Gebiet nicht mehr nur damit, wer wie oft das Internet nutzt, sondern auch die Ungleichheit bezogen auf die Nutzungsqualität tritt immer mehr in den Vordergrund.

Digitale Ungleichheit

Das heutige Verständnis von digitaler Ungleichheit umfasst mehrere Ebenen von Barrieren bei der Internetnutzung: Zunächst einmal bleibt unbestritten, dass die Verfügbarkeit der technischen Ausstattung, hier vor allem auch ihre Qualität (z.B. Verbindungsgeschwindigkeit oder Alter des PCs), eine Grundvoraussetzung für den Einstieg ins Netz ist. Dennoch ist vor allem die Ebene des soziokulturellen Verständnisses maßgeblich für digitale Ungleichheit. Das Navigieren im Internet, die Entwicklung von Suchstrategien, die Kompetenzen, nicht nur zu konsumieren, sondern selbst das Internet aktiv mitzugestalten und dergleichen, sind in unserer Gesellschaft heute wichtige Kriterien dafür, sich adäquat im Internet bewegen zu können. Zuletzt bezieht sich Ungleichheit unter InternetnutzerInnen auch darauf, wofür das Internet genutzt wird. Information, Kommunikation, Unterhaltung, Bildungsaktivitäten sind nur einige der Nutzungsmöglichkeiten, die das Internet bietet. Erst in letzter Zeit gibt es Forschungsprojekte, die sich auch mehr mit der Qualität der Internetnutzung beschäftigen und daran gehen, von digitaler Ungleichheit betroffene Bevölkerungsgruppen zu identifizieren.

Ursache und Folge: Soziale Ungleichheit

Schon bei Studien zur digitalen Spaltung wurde offensichtlich, dass unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen bei der Internetnutzung eines gemeinsam hatten: Frauen, MigrantInnen, ältere Menschen, Menschen mit besonderen Bedürfnissen, jene mit geringer Schulbildung und geringem Einkommen sind schon im „realen Leben“ einem verstärkten Risiko sozialer Ungleichheit und Ausgrenzung ausgesetzt. Die reale soziale Ungleichheit bestimmt die digitale, denn sozial ungleich verteilte Chancen bestimmen, wer on-

line ist und wer nicht, bzw. auch, in welcher Qualität das Internet genutzt wird. Die Forschungsarbeit der deutschen Soziologin Nicole Zillien zeigte auch für die Nutzung des Internets den Einfluss sozialer Ungleichheit: So haben Personen mit hohem Status, d.h. hohem Einkommen und hohem Bildungsabschluss, nicht nur bessere Bedienkompetenzen, sondern nutzen das Internet mehr für Informationsrecherche als jene mit geringerem Einkommen und kürzerem Schulbesuch.⁶ Andere Forschungsprojekte zeigen, dass sich geschlechtsspezifische Sozialisation auch auf die Internetnutzung niederschlägt und dies wiederum geschlechtsspezifische digitale Ungleichheit produziert.⁷ Soziale Ungleichheit ist somit zugleich Ursache und Folge digitaler Ungleichheit.

Bis heute fehlt es an nachhaltigen Konzepten und politischen Strategien zur Bekämpfung der digitalen Ungleichheit in Österreich. In einer Gesellschaft, die als Informations- und Wissensgesellschaft bezeichnet wird, ist der ungleiche Zugang zum größten Wissensspeicher, dem Internet, auf jeden Fall ein zu diskutierendes Problem. Eines sollte abschließend noch klar sein: Soziale Probleme lösen sich nicht von selbst. Es ist daher höchste Zeit, dieses Problem zu thematisieren.

Manuela Hiesmair

Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

Anmerkungen

- 1 National Telecommunications and Information Administration (1995): Falling Through the Net: A Survey of the „Have Nots“ in Rural and Urban America. <http://www.ntia.doc.gov/ntiahome/fallingthru.html>
- 2 Der aktuelle „GfK Online Monitor“ ist zu finden unter http://www.gfk.at/DE/download/PRESS/GfK_Online_Monitor_2_Qu_07.pdf; der aktuelle „Austrian Internet Monitor – Consumer“ ist zu finden unter http://www.integral.co.at/dlimages/AIM_Consumer_-_Q1_2007.pdf
- 3 Compaine, Benjamin (2001): The Digital Divide: Facing a Crisis or Creating a Myth? Cambridge: MIT Press
- 4 Integral 1997 und 2007 für ORF Mediaresearch (2007): Internet-Nutzer. Entwicklung der Nutzerstruktur. http://mediaresearch.orf.at/c_internet/console/data/images/img_2_5_2.gif (dl: 28. Juli 2007)
- 5 Aichholzer, Georg/Schmutzer, Rupert (2001): The Digital Divide in Austria. <http://www.digitale-chancen.de/content/downloads/index.cfm?key=41> (dl: 23. November 2006)
- 6 Zillien, Nicole (2006): Digitale Ungleichheit. Neue Technologien und alte Ungleichheiten in der Informations- und Wissensgesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag
- 7 van Eimeren, Birgit (2003): Internetnutzung Jugendlicher. Erlebniswert des Internets beruht wesentlich auf Kommunikation und Unterhaltung. In: Media Perspektiven. Heft 2/2003. S. 67-75.

Kampagne gegen Alkoholmissbrauch bei Jugendlichen

Heuer wurden österreichweit bereits über 1.300 Jugendliche mit Alkoholvergiftungen ins Krankenhaus eingeliefert. Die Kampagne des Fonds Gesundes Österreich mit dem Titel „Nachdenken statt Nachschenken“, die in Oberösterreich durch das Institut Suchtprävention und den PGA Verein für prophylaktische Gesundheitsarbeit umgesetzt wird, weist auf die Verantwortung der Gesellschaft und insbesondere der Wirtschaft hin.

Täglich erscheinen neue Schlagzeilen zum Thema Alkoholmissbrauch und Komasaufen von Teenagern, eine dramatischer als die andere. Die Reaktionen: Empörung, Entsetzen und gegenseitige Schuldzuschreibungen. Tatsächlich ist der Alkoholkonsum der Jugend ein gesamtgesellschaftliches Problem, an dem verschiedene Akteure beteiligt sind. In einer gemeinsamen Aktion des Fonds Gesundes Österreich, des Bundesministeriums für Gesundheit, Familie und Jugend und des ORF wird nun die Verantwortung der gesamten Gesellschaft und insbesondere der Wirtschaft für den Umgang der Jugend mit Alkohol betont.

„Um gegen Alkoholmissbrauch bei Jugendlichen vorzugehen, müssen Politik, Eltern und Bezugspersonen, Schule, Wirtschaft und Medien eng zusammenarbeiten. Ein gemeinsames Vorgehen ist wichtig, denn der Jugendschutz geht uns alle an“ betonte die oberösterreichische Gesundheitslandesrätin Silvia Stöger bei der Auftakt-Presskonferenz Anfang Juli. Um zielgerichtete Maßnahmen setzen zu können, hat das Land OÖ das Institut Suchtprävention beauftragt, die Ursachen und Auslöser für Alkoholexzesse Jugendlicher zu erforschen. Gleichzeitig müsse aber auch die Verantwortung von Eltern, Erziehern und der gesamten Gesellschaft gestärkt werden. Die Initiative „Nachdenken statt Nachschenken“ sei ein weiterer wichtiger Schritt dazu, betonte Stöger.

Erstkontakt mit Alkohol in der Familie

„Der erste Kontakt mit Alkohol findet bei den meisten Kindern und Jugendlichen in der Familie statt“, erklärte Christoph Hörhan, Leiter des Fonds Gesundes Österreich (FGÖ). Eine Studie des Fonds vom Herbst 2006 ergab, dass bereits 67 Prozent der 11-13jährigen bei familiären Festen Alkohol zu sich nehmen. Das durchschnittliche Alter, in dem zum ersten Mal

Alkohol getrunken wird, liegt bei 12 Jahren und 9 Monate. 9 Prozent der 11-13jährigen konsumieren mindestens ein Mal pro Woche Alkohol. Bei den 14-16jährigen tun dies 56 Prozent und bei den 17-19jährigen sind es bereits knapp 70 Prozent.

„Eine zentrale Voraussetzung für diese Besorgnis erregenden Zahlen ist, dass Alkohol an vielen Orten ohne große Hürden zu bekommen ist“, so Hörhan weiter. Die Wirtschaft habe im Vorfeld positiv auf die Kampagne reagiert. Durch die enge Kooperation mit vielen führenden Betrieben und zahlreiche Projekte in allen Bundesländern wird diese Kampagne einen wesentlichen Beitrag zum Jugendschutz leisten. Neben vielen Gastronomiebetrieben, die im Rahmen von konkreten Projekten bei der Kampagne mitarbeiten, wurde die Charta für einen verantwortungsvollen Umgang mit Alkohol von mehreren großen Handelsunternehmen unterschrieben. Durch die Mitgliedsunternehmen des Fachverbandes der Mineralölindustrie sind zudem tausende Tankstellen in ganz Österreich Partner der Aktion. Mit der Unterzeichnung der Charta „Nachdenken statt Nachschenken“ würden sich all diese Unternehmen zu ihrer Verantwortung bekennen und sich zu aktivem Jugendschutz, der über die derzeitigen Standards hinausgeht, verpflichten.

Eigentlicher Schwerpunkt der Kampagne sind aber 154 konkrete Projekte in allen Bundesländern, mit denen Gastronomie, Handel, Jugendbetreuer und natürlich Jugendliche selbst angesprochen und eingebunden werden. „Durch Projekte wie Mystery Shopping, alternative Getränkeangebote in der Gastronomie und rauschfreie Partykultur wollen wir Voraussetzungen schaffen, in denen es den Jugendlichen leichter fällt, den Gefahren des Alkohols zu widerstehen“, sagte Hörhan abschließend (zu den in Oberösterreich geplanten Maßnahmen siehe Kasten).

Die Medienkampagne wurde vom ORF gemeinsam mit Gesundheitsexperten des Fonds Gesundes Österreich konzipiert, die Produktion der Radiospots erfolgte durch den ORF, die der TV-Spots in Kooperation mit einer Filmfirma. Insgesamt werden im ORF 100 TV-Spots und in den ORF-Radioprogrammen 140 Spots gesendet. Eine Navigationskampagne auf <http://orf.at> verstärkt die mediale Präsenz der Kampagne.

Erwachsene müssen Verantwortung übernehmen

Heinz Eitenberger; Leiter des PGA Verein für prophylaktische Gesundheitsarbeit, sprach die Rolle der Erwachsenen an: „Was Jugendliche trinken, ist ihnen von Erwachsenen eingeschenkt oder vorgemacht. Ge-

Umsetzungsmaßnahmen in Oberösterreich

In Oberösterreich sind unter anderem folgende Maßnahmen und Projekte zum Thema „Jugend und Alkohol“ geplant:

Mystery Shopping: Dieses Projekt findet während der gesamten Laufzeit der Kampagne in Zusammenarbeit mit dem Verein ISI-Streetwork statt. Dabei werden in verschiedenen Handelsketten und Tankstellen Alkohol-Kauf-Tests durch Jugendliche unter 16 Jahren durchgeführt.

Medienkooperation „Jugend und Alkohol“: Im Rahmen der Kampagne wird in Zusammenarbeit mit einem Printmedium eine Artikelserie zum Thema „Jugend und Alkohol“ erscheinen. Sie bietet Eltern und anderen erwachsenen Bezugspersonen Tipps und Hintergrundwissen.

Prämierungen von Gastronomiebetrieben (November 2007): In Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer wird in einem Fachjournal die Prämierung jener Betriebe angekündigt, die sich intensiv und über die gesetzlich verpflichtenden Jugendschutzbestimmungen hinaus mit präventiven Angeboten beschäftigen.

Tipps für Vereine und Festveranstalter: Das Landesjugendreferat bietet ein Service-Paket inklusive Tipps für Maßnahmen und Möglichkeiten zur präventiven Festkultur an (Jugendschutzbestimmungen, spezielle Armbänder, Plakate und Flyer),

das über den PGA kostenlos bestellt werden kann. Dafür werden insbesondere die Koordinatoren der Sportverbände kontaktiert.

Barfuss – die alkoholfreie Cocktailbar: Diese wird im Sommer für Vereine, die bereits eine präventive Festkultur leben und sich intensiv mit Suchtprävention beschäftigen, zwölf Mal kostenlos zur Verfügung gestellt.

Schulungen für VereinsmitarbeiterInnen: In drei ganztägigen Schulungen für JugendgruppenleiterInnen im Oktober und November 2007 werden Informationen über Jugendschutz, Sucht und Suchtprävention sowie Lösungsansätze vermittelt.

Ratgeber für Kinder alkoholkranker Eltern: Der Folder soll eine Übersicht über bestehende Hilfsangebote für Kinder alkoholkranker Eltern gewähren. Die Zielgruppe des Folders sind Erwachsene, die privat oder beruflich mit betroffenen Kindern und Jugendlichen zu tun haben.

Podiumsdiskussionen: Im Herbst 2007 werden drei Podiumsdiskussionen stattfinden an denen SuchtexpertInnen des Instituts Suchtprävention, ÄrztInnen, VertreterInnen der Polizei, KommunalpolitikerInnen sowie MitarbeiterInnen aus Vereinen und Gastronomie anwesend sein werden.

„Shake and talk“ in Schulen: In zehn Schulen werden im Herbst 2007 Workshops zum Thema Cocktail shaken durchgeführt.

sundheit hat in hohem Maße mit Verantwortung zu tun. Dort, wo ein junger Mensch die Übersicht über sein Handeln noch nicht haben kann, greifen wir in dieser Kampagne den Eltern und BetreuerInnen mit konkreter Unterstützung unter die Arme. Diesen Ansatz der Gesundheitsvorsorge für unsere Kinder halte ich für zielführend. Kinder und Promille gehören einfach nicht zusammen!"

„In einer Gesellschaft, in der Alkohol eine so große Rolle spielt, ist es umso wichtiger, junge Menschen in ihren Kompetenzen im Umgang mit dieser Substanz zu stärken. Erwachsene müssen mehr Verantwortung übernehmen. Ob Eltern, Lehrkräfte, Gesetzgeber, Polizei, Gastronomie: Alle müssen mitmachen, anstatt sich auf den jeweils anderen auszuweichen. Es kann nicht sein, dass wir ein vernünftiges Jugendschutzgesetz haben, das kaum kontrolliert wird. Es kann nicht

sein, dass Lokalbesitzer mit Happy Hours, Saufwettbewerben und alkoholischen Drinks zum Schleuderpreis einen Riesengewinn auf Kosten junger Menschen machen“, kritisierte der Leiter des Instituts Suchtprävention Christoph Lagemann, die aktuelle Situation.

Auf der Homepage www.nachdenkenstattnachschenken.at findet jede Zielgruppe – Eltern und Bezugspersonen, Handel, Gastronomie und Veranstalter, sowie Jugendliche – spezielle Inhalte, die Informationen, Anregungen und Hilfestellung bieten und auch über Veranstaltungen und Projekte informieren. Interessierte Handels- und Gastronomiebetriebe können sich die Charta herunterladen und Veranstalter finden Hinweise für jugendgerechte Feste.

Quelle: Gelebter Jugendschutz: „Nachdenken statt Nachschenken“. Unterlage zur Pressekonferenz in Linz am 03.07.2007

Modell für bedarfsorientierte Mindestsicherung präsentiert

Sozialminister Erwin Buchinger präsentierte Anfang August sein Konzept zu der im Regierungsprogramm verankerten bedarfsorientierten Mindestsicherung. Diese soll die bisherige Sozialhilfe ablösen.

Die neue Sozialleistung sollen Personen erhalten, die über "keine angemessenen eigenen Mittel verfügen und auch durch Leistungsansprüche gegenüber Dritten den eigenen Bedarf bzw. den ihrer Angehörigen nicht ausreichend decken können", so Buchinger. Eine wichtige Voraussetzung für den Bezug der bedarfsorientierten Mindestsicherung soll der Einsatz der eigenen Arbeitskraft sein. Um diesen sicherzustellen, ist geplant, dass BezieherInnen der Mindestsicherung, die arbeitsfähig sind und sich weigern, eine zumutbare Beschäftigung anzunehmen, um bis zu 50 Prozent weniger Mindestsicherung erhalten sollen. Realisiert werden soll ein „Gesamtpaket zur Armutsreduktion“, das folgende Eckpunkte enthält:

- Die Höhe der Mindestsicherung beträgt für alleinstehende bzw. alleinerziehende EmpfängerInnen 726 Euro brutto (690 Euro netto) pro Monat, 14 Mal im Jahr.
- Der Mindestlohn wird, wie von den Sozialpartnern ausverhandelt, auf 1.000 Euro brutto festgelegt.
- Die Sozialhilfe wird vereinheitlicht und pauschaliert.
- Nicht krankenversicherte SozialhilfeempfängerInnen fallen ab sofort in die gesetzliche Krankenversicherung.
- Das Leistungsrecht des Arbeitslosenversicherungsgesetzes wird durch den Ausbau mindestensichernder Elemente verbessert.
- In sogenannten "One Stop Shops" im AMS soll die Betreuung der arbeitsfähigen LeistungsbezieherInnen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess erfolgen.

Verhandlungen mit den Ländern

Bei den One-Stop-Shops - laut Buchinger "der wichtigste Fortschritt" der Reform - herrscht allerdings noch Uneinigkeit mit den Ländern. Uneinig sei man sich auch noch bei der Verwertung des Vermögens, den Kinderrichtsätzen sowie dem Verfahren selbst. "Die Verhandlungen mit den SozialreferentInnen der Länder, die insgesamt 100 Millionen Euro für die Fi-

nanzierung der bedarfsorientierten Mindestsicherung aufbringen müssen, sind noch im Laufen", berichtete der Sozialminister. Er hofft, dass "die Länder und der Bund die strittigen Fragen im Konsens lösen können", und ist überzeugt davon, dass die "wichtigsten Eckpfeiler" stehen.

Die Vorteile der bedarfsorientierten Mindestsicherung liegen laut Buchinger sowohl im individuellen wie im gesamtwirtschaftlichen Bereich. Der individuelle Nutzen bestehe darin, dass "Sozialleistungen armutsfester gestaltet" werden und dass durch den Einsatz der One Stop Shops beim AMS der "Zugang zur Leistung erleichtert" wird. Der volkswirtschaftliche Nutzen begründe sich durch das höhere Einkommen, das die BürgerInnen zur Verfügung haben, wodurch der private Konsum und somit die gesamtwirtschaftliche Nachfrage erhöht werde. Buchinger betonte zudem, dass man "kein zweites Hartz IV" schaffen wolle, „sondern eine Mindestsicherung“. Und diese soll nach Möglichkeit mit 1.1.2009, zumindest aber noch in der laufenden Legislaturperiode in Kraft treten.

Grundsicherung und Grundeinkommen

Für den Ökonomen Peter Rosner, Vorstand des Instituts für Volkswirtschaftslehre der Universität Wien, ist die Grundsicherung eine Abwandlung des Konzepts des Grundeinkommens. Unterschiede gebe es insofern, als beim Grundeinkommen jede Person automatisch einen bestimmten Betrag erhalte, während bei der Grundsicherung die Arbeitsfähigkeit ein Rolle spiele: „Alten und Kranken und Leuten, die Kinder betreuen, mutet man nicht zu, arbeitsfähig zu sein. Aber Arbeitsfähige sollten nicht automatisch einen Geldbetrag erhalten“, so Rosner im Standard-Interview. Die Grundsicherung soll auch kein neues Sozialpro-

Allgemeine Sozialhilfe in Österreich 2005

Bdsland	Anzahl der Bezieher	Ausgaben in Mio. Euro
Wien	79.964	211,48
Salzbg	11.076	29,49
NÖ	10.500	57,27
Tirol	9.808	19,51
OÖ	5.852	26,99
Stmk	4.090	88,00
Vbg	2.272	13,06
Ktn	1.293	35,13
Bgld	815	3,28
Ö ges.	125.670	484,22

Quellen: APA/BMSK; Kurier, 03.08.2007

gramm sein, sie soll es ergänzend zu den einzelnen Sozialprogrammen, die existieren, geben.

Den wesentlichen Vorteil der Grundsicherung sieht Rosner in der dadurch gewährleisteten „Sicherheit, dass betroffene BürgerInnen in gewissen Situationen doch nicht unter ein gewisses Einkommens-Minimum kommen“. Der heikle Punkt des geplanten Modells sei andererseits „die Überprüfung der Arbeitswilligkeit bzw. der Arbeitsfähigkeit. Das ist nicht ganz einfach zu administrieren“.

Generell hält der Ökonom das Konzept der Grundsicherung für ein sinnvolles Modell: „Probleme, die beim Grundeinkommen, wo man einfach Geld hergibt, auftreten, werden vermieden. Und andererseits bewahrt es Leute davor, sozial abzustürzen.“ Rosner betont, dass es nicht genügt, Personen, die langfristig arbeitslos sind, Geld zu geben. Man müsse auch versuchen, diese Leute in das Arbeitsleben zu integrieren. Insofern hält es Rosner für essenziell, die Grundsicherung mit individuell zugeschnittenen Fördermaßnahmen zu kombinieren.

Leistung unter der Armutsschwelle

Kritik an der geplanten Höhe der Leistung übte der Wiener Politologe Emmerich Talos bereits im Dezember des Vorjahres bei einer gemeinsam mit AK-Oberösterreich-Präsident Johann Kalliauer abgehaltenen Pressekonferenz, da die im Rahmen der Grundsicherung angedachten 726 Euro 14 Mal pro Jahr unter der Armutsschwelle liegen würden. Umgerechnet auf zwölf Monate würden Betroffene 805 Euro netto beziehen, währenddessen die Armutsschwelle derzeit bei hochgerechneten 900 Euro liege. Im Jahr 2003 habe sie bereits 848 Euro betragen.

Weiters forderte der Politikwissenschaftler die Einführung eines Mindestlohns von sieben Euro netto die Stunde. Wenn die Erwerbstätigen mehr verdienten, müssten sie weniger auf das soziale Netz zurückgreifen. Im aktuellen Arbeitsmarkt mit atypischen Beschäftigungsverhältnissen, Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten sei die Grundsicherung „notwendig“ und „sinnvoll“. Sie solle basierend auf den Parametern Bedarf sowie Arbeitsfähig- und -willigkeit nach bundesweit einheitlichen Mindeststandards ausbezahlt werden. Finanziert werden könnte sie etwa mit Hilfe einer 15a-Vereinbarung, sodass sich Bund und Länder die Kosten teilen. Sollte der Bund versuchen, nur die Länder in die Pflicht zu nehmen, werde die Grundsicherung von vornherein scheitern, warnte Talos.

Grundsicherung im Vergleich zum Arbeitslosengeld

Weniger als die geplanten 726 Euro monatlich erhalten zurzeit zahlreiche arbeitslose Personen. Die durchschnittliche Höhe des Arbeitslosengeldes hat zuletzt 711 Euro monatlich betragen. Jene beim Notstandsgeld belief sich auf 570 Euro, geht aus den jüngsten Daten des Arbeitsmarktservice hervor. Insgesamt hätten im Juli 2006 mindestens 49.521 von 83.851 ArbeitslosengeldbezieherInnen (59,1%) von einer Grundsicherung profitiert. Bei den NotstandshilfebezieherInnen waren es sogar 68.714 von 86.362 Personen (79,6%). Insgesamt lagen 118.235 von 170.213 beschäftigungslosen Personen (69,5%) unter 726 Euro monatlich. Der Präsident der AK Oberösterreich, Johann Kalliauer, plädierte deshalb auch für eine Anhebung der Arbeitslosenunterstützung. Die Nettoersatzrate sei mit 55 Prozent zu niedrig, eine Erhöhung auf 75 Prozent des Letztbezugs sei anzustreben. Talos wie Kalliauer stellten klar: Je weniger Löcher das bestehende soziale Netz aufweist, umso weniger Geld müsste in die Grundsicherung gepumpt werden.

Offene Fragen

Sowohl Kalliauer als auch Talos bewerteten es positiv, dass das Thema Grundsicherung überhaupt Eingang in die Koalitionsgespräche gefunden habe. Auch Diakonie-Direktor Michael Chalupka begrüßte das Konzept Buchingers: Es enthalte eine Reihe von „Verbesserungen der Sozialhilfe“, wie die angekündigte gesetzliche Krankenversicherung für alle, eine stärkere Rechtssicherheit und höhere Richtsätze für Alleinerziehende. „Ob es über eine längst notwendige Reform der Sozialhilfe hinaus zu einer bedarfsorientierten Mindestsicherung kommen kann, entscheidet sich an noch offenen Fragen zu Regress, Zumutbarkeitsbestimmungen und Vermögensanrechnung“, so der Diakonie-Direktor. Daran würde man feststellen können, ob es sich bei dieser Sozialhilfereform um ein Instrument der Armen- oder der Armutsbekämpfung handle.

Quellen: „Kein zweites Hartz IV“, derStandard.at, 02.08.2007; Reaktionen: VP-Kritik am „Sozialismusminister“, derStandard.at, 02.08.2007; Hintergrund: „Sozialer Absturz“ wird vermieden, derStandard.at, 02.08.2007; Talos: 726 Euro Grundsicherung zu niedrig, derStandard.at, 06.12.2006; Hintergrund: Grundsicherung im Vergleich zu Arbeitslosengeld, derStandard.at, 01.12.2006.

Bildung fördert friedliches Zusammenleben

Geographen der Universitäten Münster und Wien untersuchten das Verhältnis zwischen Christen und Muslimen in Südosteuropa.

Auch wenn das Zusammenleben von Christen und Muslimen in Südosteuropa oft von Spannungen geprägt war, gab es doch viele Regionen, in denen Menschen unterschiedlicher Religion über lange Zeit friedlich zusammen lebten. "Die Erfahrungen in Bosnien haben allerdings gelehrt, dass es jahrhundertlang gut gehen kann, um dann plötzlich zu eskalieren", sagt der Geograph Cay Lienau von der Universität Münster. Im Rahmen des vom Land Nordrhein-Westfalen mit rund 180.000 Euro geförderten Projektes *"Interethnische Beziehungen von Christen und Muslimen in Südosteuropa"* hat er gemeinsam mit den Geographen Gerasimos Katsaros und Thede Kahl vom Ost- und Südost-Institut der Universität Wien herauszufinden versucht, wie das Zusammenleben von Christen und Muslimen in religiös und ethnisch gemischten Siedlungen in Südosteuropa funktioniert und welches Konflikte fördernde und mindernde Faktoren sind.

Untersuchungsregionen in Rumänien und in Griechenland

Ausgewählt für die Untersuchung wurden jeweils eine ländliche und eine städtische Siedlung in der rumänischen Dobrudscha und im griechischen Westthrakien, wo orthodoxe Christen und Muslime seit Jahrhunderten friedlich miteinander auskommen. In beiden Regionen zählen Muslime zur Minderheit; in der Dobrudscha sind es vor allem Tataren, in Westthrakien sind es türkischstämmige Muslime und Pomaken, slawisch-sprechende Muslime. Die muslimische Minderheit stellt in Thrakien ein Drittel der Bevölkerung. Sie musste lange für Aggressionen der Türkei gegen Griechenland büßen. Viele Probleme der Minderheit wurden von dieser in religiöse Konflikte umgedeutet. Trotzdem kam es nur selten zu offenen Auseinandersetzungen zwischen Christen und Muslimen. Das alltägliche Mit- und Nebeneinander ist über Jahrhunderte "trainiert". Um herauszufinden, wie die Menschen miteinander umgehen, führten die Wissenschaftler in beiden Ländern jeweils rund 120 Gespräche mit den Vertretern von Kirche, Politik, Verwaltung, Wirtschaft und anderen Bürgern.

Geänderte Situation in Griechenland

Während in Rumänien politische Konflikte keine Rolle für das Zusammenleben zwischen Christen und Mus-



Auch muslimische Kinder nehmen in Westthrakien inzwischen an offiziellen Feierlichkeiten teil. Quelle: idw

limen spielen, ist die Situation in Griechenland anders. Hier lässt sich nachvollziehen, wie eine geänderte politische Haltung auch gesellschaftliche Auswirkungen hat. Wurden Muslime früher von Staats wegen oft ausgegrenzt beziehungsweise benachteiligt, hat sich dies seit 1990 geändert. Seitdem gibt es große Anstrengungen, durch eine Novellierung des Bildungssystems muslimische Kinder in die griechische Gesellschaft zu integrieren. Minderheitenschulen, die je zur Hälfte auf griechisch und auf türkisch unterrichten, machen die Kinder mit beiden Kulturen vertraut. Seit 1996 gibt es Sonderkonditionen für den Zugang zu Hochschulen und zum Arbeitsmarkt. "Früher haben muslimische Kinder in der Türkei studiert, heute haben sie die Chance, in Griechenland zu bleiben. Dadurch ändert sich ihre Perspektive", erläutert Professor Lienau.

Bildung, so der Schluss von Cay Lienau und seinem Team, ist der wichtigste Faktor für ein friedliches Zusammenleben. "Es gibt eine muslimische Elite, die

zwar Gleichberechtigung, aber zugleich auch den Status quo der Separation erhalten will", so Katsaros. "Daneben entwickelt sich eine zweite muslimische Elite, die in Griechenland studiert hat und sich mehr mit dem Staat identifiziert." Darüber hinaus habe sich gezeigt, dass eine höhere Bildung weniger anfällig für Verführung mache, betont Lienau; Verführung durch die eigenen Politiker, die jegliche Probleme mit dem griechischen Staat als Benachteiligung ihrer Ethnie und Religion begreifen. "Jeder griechische Bürger hat Konflikte mit dem Staat, egal ob orthodox oder muslimisch. Aber einzelne muslimische Führer versuchen, das für sich auszunutzen", sagt Gerasimos Katsaros. Erfolg haben sie eher in Bergdörfern, wo die Menschen konservativer und weniger gebildet sind als in den Städten.

Quelle: Brigitte Nussbaum: Bildung ist der wichtigste Faktor für friedliches Zusammenleben, Pressemitteilung der Universität Münster vom 04.04.2007

Gegen eine Pädagogik, die kein Widersprechen lehrt

Der Autor und Germanist Andreas Kurz wendet sich gegen Bildung als Fertigprodukt.

Im Auftrag des Lesekompetenzzentrums Oberösterreich (Buch.Zeit Wels) bin ich zurzeit damit befasst, ein umfangreiches Projekt zum Thema Österreichische Gegenwartsliteratur auszuarbeiten. Adressaten dieses Projekts sind Schüler der 7. und 8. Klassen Gymnasium. Es ist eines von mehreren Projekten derselben Bauart; Ähnliches existiert bereits zum Thema Rhetorik, zur Literatur der Romantik usw.

Die Projekte gliedern sich in einzelne Stationen, welche von den Schülern innerhalb von vier Unterrichtseinheiten, die dem Projekt en bloc zur Verfügung stehen, durchlaufen werden müssen. Pro Station gibt es eine kurze Einführung in das jeweils besprochene Teilthema, es gibt Arbeitsmaterialien, eine konkrete Aufgabenstellung und Kontrollblätter, mithilfe derer die Schüler feststellen können, ob sie aus der zurückliegenden Arbeit jene Erkenntnis gezogen haben, die von ihnen zu ziehen erwartet wurde. Nicht alle Stationen müssen absolviert werden, nein, es gibt neben Pflichtstationen auch so genannte Wahlpflichtstatio-

nen, zwischen denen sich die Lernenden entscheiden müssen.

Diese Projekte sind geschlossene Systeme mit klar definiertem Beginn, klar definiertem Ende, mit durchdachter Struktur und vorab festgelegtem Lernergebnis. Ein reizvolles Angebot, eine gute Sache. Eine gute Sache hauptsächlich für jene Pädagogen, die diese Projekte erstellen und die ihre Vermittlungstechniken darin zur Blüte bringen können; eine gute Sache in diesem Fall also für mich, weil ich mir – Autor und Germanist, der ich bin – keine schönere Aufgabe vorstellen kann (abgesehen von der eigenen literarischen Textproduktion), als die Chance zu nutzen, junge Menschen für die gegenwärtige Literatur zu gewinnen. Ist es aber auch eine gute Sache für die Schüler?

Erkenntnis, billig abzugeben

Eine der strukturellen Anforderungen an mich als Verfasser des Projekts ist es, den Schülern selbstverantwortliches Lernen insofern zu ermöglichen, als zur Selbstüberprüfung Kontrollmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen sind, was, wie gesagt, durch Kontrollblätter gehandhabt wird, anhand derer die Schüler ihr Arbeitsergebnis überprüfen können, ähnlich der Auflösung des Kreuzworträtsels hinten in der Kronenzeitung.

Nun existiert aber für die Werke der Gegenwartsliteratur kein Kanon, sondern eine nur lückenhafte literaturwissenschaftliche Erfassung, an der ich mich im Sinne der überblicksmäßigen Darstellung orientieren könnte. Das bringt Schwierigkeiten mit sich, natürlich, insgesamt halte ich es jedoch für einen ausgesprochenen Vorteil, vor allem gegenüber jenen Kollegen und Kolleginnen, die an Themen arbeiten, zu denen sich bereits ein Konsens herausbilden konnte, verbindliche Begriffs- und Werkkataloge bestehen, und es in Folge kaum vermeidbar ist, die Lernenden zu Erkenntnissen zu führen, die in richtig und falsch kategorisiert werden können.

Wie soll man aber zu Inhalten, die Gegenstand aktueller Entwicklungen und/oder Diskurse sind, Aufgaben stellen, die zu richtigen und beständigen Lösungen führen, wo doch die Inhalte selbst noch einem fortlaufenden Wandel unterliegen, also unbeständig sind? Insbesondere im Kontext eines Projekts, das sich auf die Fahnen heftet, eigenverantwortliches Lernen zu fördern, halte ich es für zynisch, den Schülern selbständiges Arbeiten vorzugaukeln, wo doch für jedermann ersichtlich sein muss, dass eigenständige Erkenntnis hier nicht erwünscht ist, mehr noch, dass die als richtig zu betrachtenden Antworten schon im wahrsten Wortsinn vorgefertigt bereitliegen, namentlich am Kontrollblatt. Ist das der Eindruck, den wir Schülern vermitteln wollen: dass Bildung bedeutet, vorgefertigte Antworten parat zu haben?

Fertigprodukte überall

Wenn, wie zur Zeit inflationär, von Komasaufen oder Flat-Rate-Partys die Rede ist, muss man nicht lange auf den Stehsatz von den fehlenden Perspektiven, unter denen die Jugend leidet, warten. Ein wenig länger, aber doch nicht zu lang, wartet man auf den zweiten Stehsatz, auf jenen von den zu spärlich gesäten attraktiven Angeboten. Um letztere bereitzustellen, wurden in den vergangenen Jahren, ebenso inflationär, Jugendzentren eingerichtet, in welchen die jungen Leute, nach Alter gestaffelt, Möglichkeit finden, ihre Freizeit zu verbringen, Freundschaften zu entwickeln und sich an Projekten verschiedenster Art zu beteiligen. Darüber hinaus gibt es Feriencamps, Projektwochen, Sommerakademien usw., die ein ähnliches Prinzip verfolgen. Überall wird soziale Kompetenz vermittelt, in freundlicher Atmosphäre verbringen die Jugendlichen Zeit miteinander, sie werden von der Straße weggebracht oder überhaupt davor bewahrt, auf die Idee zu kommen, sich in anderer als mit der Straßenverkehrsordnung konformer Absicht dort hinzubegeben. Somit wurde eine Möglichkeit ge-

funden, die Jugend zu behüten, ihre Energie und ihren Eifer zu kanalisieren und wo möglich Konflikte abzugleichen, noch bevor sie zu Tage treten.

Was wir den jungen Menschen hier wie dort anbieten, sind Fertigprodukte. Es sind Angebote, die den Schein der Selbständigkeit und Selbstbestimmung produzieren, tatsächlich aber die Jugendlichen zwingen, vorgegebenen Wegen zu folgen, da innerhalb dieser geschlossenen Systeme keine (ab)wählbaren Alternativen existieren; und wenn doch, handelt es sich um Wahlpflichtalternativen. Damit forciert die Pädagogik eine Initiativ- und Antriebslosigkeit, weil sie an allen Ecken und Enden die Initiative an sich und den Jugendlichen, die zu Kunden degradiert werden, aus der Hand reißt. Wir drängen die jungen Leute in eine Position, die dem Singvogel im Käfig gleicht: Er, der Vogel, könnte sich außerhalb seines Käfigs wohl behaupten, nur weiß er es nicht, weil man ihm nie gezeigt hat wie; so wie er, der Schüler, gewohnt ist, seine – auch geistige – Nahrung verzehrfertig serviert zu bekommen.

Warum tischen wir in vorgefertigter, leicht konsumierbarer Form auf, was den Jugendlichen zuzubereiten besser selbst überlassen werden sollte? Müssen die jungen Leute nicht zwangsläufig den Eindruck bekommen, all das, was sie tagtäglich umgibt, habe nichts mit ihnen zu tun, sei fremd und unangreifbar? Diese Form des Lernens und der Erziehung produziert nachgerade eine Haltung der Indifferenz und Abschottung, die letztendlich einer Erlahmung des Diskurses und einem Desinteresse an gesellschaftlichen Prozessen großartigen Vorschub leistet. Es ist kein Zufall, dass Filme und Bücher, die Alternativwelten entwerfen, gerade bei jungen Lesern und Sehern derart boomen. Es ist symptomatisch, dass sich Jugendliche die Ohren mit iPod-Kopfhörern zustöpseln, sich verspiegelte Sonnenbrillen und Pulloverkapuzen aufsetzen. Natürlich ist dafür nicht die Pädagogik allein verantwortlich zu machen. Aber sie schlägt kräftig in eine Kerbe, die auch ohne sie schon tief genug wäre.

Ich, Anonym

Ich bin nicht in der Lage zu beurteilen, wie hoch und langfristig der Lerneffekt solcher Projekte, wie ich derzeit eines ausarbeite, tatsächlich ist, aber ich befürchte, er ist insofern gering, als die Inhalte den Schülern, in dieser hermetischen Form präsentiert, fremd bleiben. Es ist anonymisiertes Lernen; die Schüler erfahren nicht, was das alles mit ihnen zu tun haben soll. Die Form, in der das Wissen daherkommt, ist schlichtweg zu unpersönlich. Für die Vermittlung ist kein Lehrer mehr zuständig, der greifbar, also auch

angreifbar wäre. Und genau das ist der springende Punkt: Was immer solche Projekte zu vermitteln vermögen, eines lehren sie die Schüler jedenfalls nicht: widersprechen.

Widerspruch ist nicht vorgesehen, geschweige denn wird er eingefordert. Und sollte er gegen jede Erwartung doch entstehen, geht er aufgrund der anonymisierten Vermittlungsform zielsicher ins Leere. Angenehm für die Projektbetreuer (ich habe mich ja selbst dabei ertappt, dass ich diejenigen Klassen, die das Romantik-Projekt geduldig, still und ohne besondere Ambitionen durchliefen, als die „besten“ empfand), angenehm für die Lehrer, angenehm für die Schüler, aber ob auch sinnvoll...

Hier wie dort zwingen wir die Jugendlichen in eine Warteposition und vermitteln den Eindruck, dass das, was gelehrt wird, unumstößlich und unangreifbar ist, dass Bildung Konsum und Aneignung von Fremdwissen ist, dass Lebensperspektiven eine Art Schienen sind, auf die man seine Räder stellen muss, wenn man vorwärts kommen will; und wenn keine Schienen vorhanden sind, ist man eben zum Warten gezwungen. Was wir dagegen nicht vermitteln ist, dass Hinterfragen und Widerspruch die besten Methoden sind, um zu Erkenntnis zu kommen, dass Bildung ein kommunikativer Prozess ist, dass Lebensperspektiven eine Art Schienen sind, die man sich am besten selbst legt.

Widersprecht mir nach!

Ich bin also in eine Zwickmühle geraten. Ich habe ein Projekt auszuarbeiten, das mich überaus interessiert

und das mich auch insofern einnimmt, als mir daran gelegen ist, Aufmerksamkeit und Interesse für Gegenwartsliteratur zu wecken. Andererseits bin ich dazu angehalten, diese Inhalte in einer Form zu präsentieren, die mir nicht behagt, weil sie meinem Verständnis von Bildung entgegensteht; weil sie auch dem widerspricht, was ich als eine Aufgabe der Literatur betrachte: Diskurse zu eröffnen. Mein Versuch, dem Problem entgegenzutreten, sieht, wenig überraschend, so aus: „richtige“ Erkenntnisse als zulässige Möglichkeiten unter mehreren darzustellen, kontroverse Themen zu bevorzugen und Widerspruch explizit einfordern. Ich bin mir bewusst, dass letzteres bei vielen Schülern nach dem Motto „Widersprecht mir nach!“ aufgefasst werden wird, aber zumindest die Möglichkeit für eigenwilliges Denken kann ich damit offen halten.

Als letztes steht mir noch das Instrument der Selbstreflexion zur Verfügung: Dieser Beitrag wird Gegenstand der Abschlussstation des Projekts sein. Damit das Projekt nicht zu einem Projektil wird, das ich der österreichischen Gegenwartsliteratur ins Knie befördere.

Andreas Kurz

Der Verfasser des Beitrags lebt als freier Autor und Germanist in Wien und Attnang-Puchheim. Ernst-Koref-Preis 2005, Theodor-Körner-Preis 2006. Zuletzt erschienen: Checkpoint Karli, Roman. edition innsalz, 2007.

Nestor 2007

In den kommenden Jahren wird sich die Altersstruktur der Bevölkerung nachhaltig in Richtung der Generation 50+ verschieben. Deshalb sind Unternehmen gut beraten, schon jetzt Konzepte zu entwerfen, um ältere Arbeitnehmer/innen so lange als möglich in Beschäftigung zu halten. Um Unternehmen einen dahingehenden Anreiz zu bieten, verleiht das Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz gemeinsam mit dem Arbeitsmarktservice, der Wirtschaftskammer Österreich, der Arbeiterkammer, dem Österreichischen Gewerkschaftsbund sowie der Industriellenvereinigung den Nestor, mit dem Initiativen zur Beschäftigung älterer Arbeitnehmer/innen gefördert werden.

Bewerbungsmodalitäten

Bewerbungen für den "Nestor 2007" können bis 12. Oktober 2007 beim Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz, Kennwort "Nestor 2007", Abteilung V/6, Stubenring 1, 1010 Wien, eingereicht werden.

Die einreichenden Unternehmen benötigen hierfür ein ausgefülltes Anmeldeformular sowie eine schriftliche Dokumentation der gesetzten Maßnahmen (maximal drei Seiten).

Das Anmeldeformular sowie weiterführende Informationen gibt es auf der Nestor-Homepage unter www.nestor.at. Die Preisverleihung wird im November 2007 stattfinden.

Prekäre Jugend

Während die Gesamtgesellschaft immer stärker nach Jugendlichkeit strebt, stellt der Lebensabschnitt Jugend immer öfter eine prekäre Phase im Leben dar: Kinder und Jugendliche in Österreich sind überdurchschnittlich von Armut betroffen: Ein Viertel aller Armutsgefährdeten sind Kinder und Jugendliche. AlleinerzieherInnen-Haushalte sowie Haushalte mit drei oder mehr Kindern haben ein besonders hohes Armutsrisiko ebenso wie Heranwachsende mit Migrationshintergrund.

Im Jahr 2006 waren zudem mehr als 5.200 Jugendliche in Oberösterreich von Arbeitslosigkeit betroffen, knapp 1.700 junge Personen unter 25 Jahren haben Leistungen der Schuldnerberatung in Anspruch genommen und etwa 1.600 Personen in Linz suchten Hilfe bei der örtlichen Kinder- und Jugendanwaltschaft, die Beratung und Unterstützung bei schwierigen familiären Bedingungen anbietet. Obwohl also der Lebensabschnitt Jugend häufig mit dem Attribut „unbeschwert“ in Verbindung gebracht wird, haben viele junge Menschen mit existenziellen und/oder familiären Problemen zu kämpfen.

Ausgehend von politischen Leitsätzen, wie „Jugend ist Zukunft“, widmet sich der von Studierenden im Rahmen der Lehrveranstaltung „Armut und soziale Ausgrenzung“ im Sommersemester 2007 erstellte Armutsbericht Oberösterreich 2007 spezifischen Lebenslagen Jugendlicher und junger Erwachsener in diesem Bundesland. Gegenstand der Analyse waren die Lebensbedingungen und -situationen von 15- bis 24-Jährigen. Dabei wurden die Dimensionen Bildung, Arbeit, Einkommen, soziales Umfeld, Wohnsituation ebenso wie Gesundheit und Wohlbefinden berücksichtigt. Neben sekundärstatistischen Analysen wurden qualitative Interviews mit ExpertInnen sowie Jugendlichen geführt. Besonderes Augenmerk lag dabei auf Jugendlichen in prekären Lebenssituationen, wie Verschuldung, Arbeitslosigkeit, Berufseinstieg, familiäre Probleme oder Teenager-Elternschaft, sowie auf von Ausgrenzung Bedrohten, wie Jugendliche mit Migrationshintergrund oder mit niedrigem Bildungsniveau.

*Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik (Hg.):
Lebenslagen junger Menschen
Armutsbericht Oberösterreich 2007
Linz 2007, 112 Seiten, EUR 7,-
Bezug: Irene Auinger, Institut für Gesellschafts- und
Sozialpolitik, Johannes Kepler Universität Linz, Alten-
bergerstr. 69, 4040 Linz. Tel. 0732/2468-7168
irene.auinger@jku.at*

Das Internet als „Wissensallmende“

„Nirgendwo sonst gilt der Spruch „Global denken, lokal handeln“ mehr, als wenn es um die Potentiale von und Gefahren für die neuen digitalen Freiheiten geht,“ schreiben die beiden Herausgeber, Christian Forsterleitner und Leonhard Dobusch, in ihrem Vorwort zum Band „Freie Netze. Freies Wissen.“ Auf den folgenden 330 Seiten versuchen 17 AutorInnen dem in neun Kapiteln Rechnung zu tragen, die sich mit der gesamten Bandbreite „digitaler Freiheiten“ auseinandersetzen: Zu den „klassischen“ Beispielen Freie Software und freie Funknetze kommen dabei freies wissenschaftliches (Open Access) und didaktisches (Open Courseware) Wissen sowie freie Kunst und Kultur mittels freier Lizenzmodelle (z.B. Creative Commons). Jedes Kapitel umfasst neben dem Haupttext noch Interviews mit prominenten VertreterInnen des Felds sowie Projektskizzen zur exemplarischen Darstellung und Umsetzung auf kommunaler Ebene in Linz anlässlich des Kulturhauptstadtjahres 2009. Die Bandbreite der InterviewpartnerInnen reicht vom Gründer der Free Software Foundation, Richard Stallman über die Leiterin des Open Courseware-Programms des Massachusetts Institute of Technology (MIT), Anne Margulies, bis hin zum Linzer Open-Access-Experten Gerhard Fröhlich.

Zentrale These sämtlicher Beiträge ist, dass in der Möglichkeit digitaler Erzeugung und Distribution von Inhalten ein dem Buchdruck vergleichbares Potential der Wissensvermehrung und -verbreitung innewohnt. Dementsprechend zeichnen die AutorInnen in ihren Beiträgen das Bild des Internets als „Wissensallmende“, einer Art „digitalen Dorfweise“, bestehend aus frei zugänglichen Inhalten verschiedenster Form. Das Wort Allmende bezeichnet seit dem Mittelalter Kollektiveigentum. So wie damals die natürlichen Ressourcen allen zugänglich gemacht wurden, sei es nun an der Zeit, das Wissen ebenfalls allen zugänglich zu machen. „Die Chancen des Internets werden aber nicht automatisch genutzt, sie erfordern freien Zugang und urheberrechtlichen Schutz durch freie Lizenzen,“ betonen die Herausgeber auf der zum Buch gehörigen Homepage www.freienetze.at, wo das Buch dem Titel entsprechend im Volltext abrufbar ist. Die Interviews sowie die Beiträge des Bandes bieten jedenfalls einen guten Einstieg in die Materie und die freie Online-Version lädt zumindest zum Stöbern ein.

*Leonhard Dobusch / Christian Forsterleitner:
Freie Netze. Freies Wissen.
Ein Beitrag zum Kulturhauptstadtjahr Linz 2009
Wien 2007, Echomedia, 334 Seiten*

Bewegung im Neuland

Atypische Interessen organisieren (sich). Typische stärken (sich).

Interessenvertretungen stehen vor einer doppelten Herausforderung. Sie werden sich in Hinkunft noch stärker um die Betreuung der (klassisch männlich dominierten Vollzeit-)Normalarbeitsverhältnisse kümmern und sich mit derselben Priorität den speziellen Interessenlagen der atypisch Beschäftigten (Leasingarbeiter, geringfügig Beschäftigte, Freelancer etc.) widmen müssen. Neuland zu betreten erfordert Orientierung:

Wie können die Stärken organisierter Bereiche für die Organisation Atypischer genutzt werden? Welche speziellen Zielgruppen will man ansprechen und auf welche Interessenlagen trifft man dabei? Wie können Interessenvertretungen Organisationsprozesse unterstützen und fördern? Wie sollen die Interessenvertretungen aufgestellt sein, um offen und attraktiv für neue Zielgruppen zu sein? Was muss getan werden, um (potenzielle) Mitglieder zu binden? Diese Fragen werden beim XII. Forum Jägermayrhof diskutiert.

Termin: 5. – 6. September 2007
Ort: AK-Bildungshaus Jägermayrhof, Römerstraße 98, 4020 Linz
Information/Anmeldung: Tel. 050/6906/5415, E-Mail: schietz.m@akooe.at

Leben mit und ohne Behinderung

Eröffnung der Ausstellungsräume im Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim

In fünf Bereichen setzt sich die neue Ausstellung mit den vielfältigen Lebensentwürfen und Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft auseinander. Nicht die Art der Beeinträchtigung steht im Vordergrund, sondern die Vielschichtigkeit und Vielfältigkeit von Lebensentwürfen. Auf verschiedenen Ebenen werden die BesucherInnen mit den Themenbereichen Behinderung, Beeinträchtigung, Diskriminierung und Gleichstellung sowie Gleichberechtigung konfrontiert.

Termin: 11. September 2007, 17.00 Uhr
Ort: Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim, Schlosstrasse 1, 4072 Alkoven
Anmeldung: office@schloss-hartheim.at oder Tel. 07274/6563, Fax DW 548.
Informationen: www.schloss-hartheim.at. Der Eintritt ist frei.

Wa(h)re Bildung

Die Deutsche Gesellschaft für wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudium veranstaltet ihre Jahrestagung 2007 in der Schweiz. Die in Kooperation mit der Koordinationsstelle für Weiterbildung der Universität Bern abgehaltene Veranstaltung ist dem Thema "Wa(h)re Bildung. Gegenwart und Zukunft wissenschaftlicher Weiterbildung angesichts von Bologna und GATS" gewidmet.

Termin: 19. – 21. September 2007
Ort: Universität Bern
Information/Anmeldung: www.dgwf.net/tagungen/2007/jahrestagung.htm

IKT-Forum für und mit Menschen mit Behinderungen

Praxis – Forschung – Entwicklung

Das ExpertInnen- und AnwenderInnenforum möchte sich der Verstärkung des Know-How-Transfers und der Diskussion neuer Möglichkeiten, Chancen, Gefahren, Rahmenbedingungen und Anforderungen neuester IKT-Entwicklungen für Menschen mit Behinderungen widmen. Das Forum stellt eine Kommunikationsplattform zum Thema "IKT für Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen" für Betroffene, Betreuungspersonen, WissenschaftlerInnen, EntwicklerInnen, PädagogInnen und Interessierte dar.

Vorträge sind zu folgenden Schwerpunktthemen geplant: Unterstützte Kommunikation (Technologien, Symbolsysteme, Gebärdensprache,...); barrierefreie Information (barrierefreies Webdesign, Easy-to-Read,...); Integration von inno-

vativen Technologien in die Umgebung (Intelligentes Wohnen,...); neueste Entwicklungen im Bereich IKT für Menschen mit Behinderungen; IKT-Anwendungspraxis in Bildung, Beruf, Familie, Alltag, Medizin und Rehabilitation.

Termin: 24. – 25. September 2007
Ort: Johannes Kepler Universität Linz
Information/Anmeldung: www.iktforum.at

Arbeit für ältere Arbeitsuchende – Chance oder Sackgasse?

Die (Re-)Integration von älteren Arbeitsuchenden stellt eine wesentliche arbeitsmarktpolitische Herausforderung dar. Welche Maßnahmen haben sich in Österreich bisher bewährt? Wo besteht Innovationsbedarf und wie sieht es mit jenen Personen aus, die den Wiedereinstieg nicht mehr schaffen?

Im Rahmen der vom AMS Österreich in Kooperation mit dem ZSI – Zentrum für Soziale Innovation und abif (Analyse, Beratung und interdisziplinäre Forschung) veranstalteten Tagung werden unterschiedliche Zugänge und Sichtweisen vorgestellt und mit ExpertInnen aus Forschung und Praxis diskutiert.

Termin: 27. September 2007, 9.00 – 14.00 Uhr
Ort: Pensionsversicherungsanstalt 9. Stock, Trakt A, Saal A925, Friedrich-Hillegeist-Str. 1, 1021 Wien
Anmeldung: bis spätestens 20.9.2007 an: abif – Analyse, Beratung und interdisziplinäre Forschung, Einwanggasse 12/Top 5, 1140 Wien; Fax: 01/522 48 73-77; Tel. 01/522 48 73; E-Mail: office@abif.at; Web: www.abif.at (Menüpunkt Events)

Geschlechtliche Arbeitsteilung im Lebensverlauf

Die Geschlechterarrangements am Arbeitsmarkt gehen für Frauen wie für Männer zunehmend auf Kosten der Lebensqualität. Für Frauen schlagen sich familienbedingte Unterbrechungen der Erwerbsarbeit und Teilzeitarbeit in lebenslangen Einbußen beim Einkommen und bei den Sozialtransfers nieder. Für Männer besteht der anhaltende Druck, ganztägig und kontinuierlich erwerbstätig zu sein. Unter der Perspektive des Lebenserwerbsverlaufes lassen sich diese Ungleichheiten so analysieren, dass strukturelle, kumulierende Benachteiligungen sichtbar werden sowie lebensphasen-spezifische und -übergreifende Lösungen für eine gerechtere und nachhaltigere Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit möglich sind.

Beiträge von Helga Krüger (Universität Bremen), René Schindler (Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung), Helene Klaar (Rechtsanwältin) und Ingrid Mairhuber (FORBA).

Termin: 27. September 2007, 18.00 – 20.30 Uhr
Ort: Urania, 1010 Wien
Information/Anmeldung: Maria Klambauer, E-Mail: klambauer@forba.at, Tel. 01/212 4700-0, Fax 01/212 4700-67, Internet: www.forba.at. Die Teilnahme ist kostenlos.

Alkoholpolitik zwischen europäischer Integration und nationalen Traditionen

Am Beispiel Finnland, Österreich, Schweden

Welchen Weg geht die Alkoholpolitik in europäischen Ländern? Die wissenschaftliche Tagung fokussiert auf die Diskussion unterschiedlicher alkoholpolitischer Modelle anhand von drei ausgewählten nationalen Beispielen: Finnland, Schweden und Österreich. In diesem Kontext wird auch die Rolle der EU im Verhältnis zu den nationalen Alkoholpolitiken thematisiert.

Termin: 1. Oktober 2007, 10.00 – 17.30 Uhr
Ort: Altes Rathaus der Stadt Linz, Gemeinderatssaal, Hauptplatz 1, 4020 Linz
Information: info@praevention.at, www.praevention.at. Kein Tagungsbeitrag. Anmeldung bis 20. September erforderlich.

KONTRASTE

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik

Erscheinungsort Linz, P.b.b. Verlagspostamt Linz.
Wenn unzustellbar, zurück an die Redaktion KONTRASTE:
Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts-
und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz

Herausgeber, Medieninhaber, Verleger:
Sozialwissenschaftliche Vereinigung, mit Unterstützung der Universität
Linz, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

Erscheinungsweise:
10 Ausgaben pro Jahr

Redaktionsadresse:
KONTRASTE: Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts-
und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz
Tel.: 0732/2468-7168
Mail: hansjoerg.seckauer@jku.at
Web: <http://www.gespol.jku.at/> Menüpunkt Kontraste
Aboservice, Sekretariat: Irene Auinger, Tel.: 0732/2468-7161
Fax DW 7172 Mail: irene.auinger@jku.at

Redaktionsteam:
Mag. Hansjörg Seckauer, Dr. Christine
Stelzer-Orthofer, Mag. Susanna Rothmayer,
Mag. Bettina Leibetseder, Mag. Angela
Wegscheider

Wir freuen uns über zugesandte Manuskripte,
die Redaktion behält sich jedoch das Recht
auf Kürzung und Entscheidung über die Veröf-
fentlichung vor. Redaktionsschluss ist jeweils
der 20. des Vormonats. Namentlich gekenn-
zeichnete Beiträge können, müssen aber nicht
die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Wissenschaftliche Beratung:
Univ. Prof. Dr. Josef Weidenholzer
Univ. Prof. Dr. Irene Dyk-Ploss
a.Univ. Prof. Dr. Evelyn Schuster

Lektorat; Satz:
Mag. Hansjörg Seckauer

Grafisches Konzept:
Mag. Gerti Plöchl

Kontraste finanzieren sich fast ausschließlich aus Abonnements und
Mitgliedsbeiträgen: Jahresabo EUR 65,40; Halbjahresabo EUR 32,70;
StudentInnen, Arbeitslose und PensionistInnen EUR 36,30;
Gratis Probeabo für drei Monate
Alle Preise inklusive Versand. Einzelheft EUR 5,45 exkl. Versand.
Kündigung bis einen Monat vor Ablauf möglich.

Bankverbindung:
Sparkasse OÖ, BLZ 20320, Kontonr. 7500-002453